

...möglicherweise ... Konkurrenz zu unterdrücken ...

Zu der Verhandlung, die unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit (1) stattfinden dürfte, ist eine große Anzahl von Zeugen geladen. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Offiziere aus dem Kriegsministerium und anderen Departements der Heeresverwaltung, eine große Anzahl von Zeugoffizieren, Herren in leitenden Stellungen bei der Firma Krupp und auch der frühere Leiter der Kruppischen Berliner Filiale, Brand, der sich später vor den Zivilgerichten zu verantworten haben wird. Für die Verhandlung sind mehrere Tage in Aussicht genommen worden.

Wie die „Volkstimme“ erzählt, dürfte mit dieser Verhandlung vor dem Kommandanturgericht und der späteren Verhandlung gegen Brand die Affäre Krupp noch nicht erledigt sein. Er sollen noch gegen eine Reihe von Zivilpersonen Verfahren schweben, die sich zurzeit noch im Stadium der Voruntersuchung befinden, die aber mit Sicherheit zur Eröffnung des Hauptverfahrens führen werden.

Wir sind es zwar nachgerade gewöhnt, daß bei Verhandlungen der Kriegsgerichte oftmals unter den seltsamsten Motivierungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, aber wir sollten doch meinen, daß gerade die Heeresverwaltung selbst das größte Interesse daran haben dürfte, die Kruppaffäre so weit als irgend möglich vor der breitesten Öffentlichkeit verhandeln zu lassen.

Statt dessen soll das Kriegsministerium selbst den strengsten Ausschluß der Öffentlichkeit gefordert und den Schlichtungsbegehren gegeben haben. Angeblich, um nicht durch die Öffentlichkeit der Verhandlungen eine Gefährdung der Landesverteidigung herbeizuführen. Aber es ist wirklich nicht einzusehen, daß durch die öffentliche Verhandlung faktisch die Interessen der Landesverteidigung geschädigt werden könnten, sofern nur ein vorübergehender Ausschluß der Öffentlichkeit jedesmal dann erfolgte, wenn wirklich militärische Geheimnisse in Frage kämen. Ein sehr großer Teil der Verhandlung könnte unter allen Umständen öffentlich stattfinden, gerade jener Teil, der die Befestigungspraktiken durch die Kruppischen Agenten charakterisieren würde. Statt dessen will man die gesamten Vorgänge ins schwärzeste Geheimnis hüllen!

Sicherlich werden die viele Deutsche der Meinung sein, daß gerade die rücksichtslose Enttarnung des Befestigungswesens der Kanonenfirma nicht nur im Interesse des Landes, sondern auch gerade der Landesverteidigung läge. Denn nur durch die größte Schonungslosigkeit könnte ja ähnlichen Praktiken für die Zukunft vorgebeugt werden.

Ein neuer Vorstoß gegen das Koalitionsrecht.

Die Konservativen sind im Reichstag zweimal mit ihrem Versuch abgefallen, eine Mehrheit für eine Einschränkung des Koalitionsrechtes zu finden. Der Vorstoß war in die Form der Forderung eines größeren Schutzes der Arbeitswilligen gefeilt. Außer Konservativen und Freikonservativen stimmten nur etwa ein halbes Duzend nationalliberaler Scharfmacher für den Antrag. Dieses Abstimmungsergebnis läßt erkennen, daß die Pläne der Scharfmacher — für die nächste Zeit wenigstens — auf Zustimmung des Reichstags nicht rechnen können. Man will deshalb die Flucht in das preussische Justizparlament antreten. Die alten reaktionären Plänen gegenüber immer dienstfertigen „Berliner Politischen Nachrichten“ behaupten schlankweg, der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet sei lediglich eine sozialdemokratische Machtdemonstration. Auch der jüngste Bergarbeiterausstand in Oberschlesien habe lediglich politische Zwecke verfolgt. Er sei von der polnischen Arbeiterorganisation zu dem Zwecke der Bekämpfung des Deutschtums in Oberschlesien inszeniert worden, und in beiden Fällen habe es sich um einen schweren Mißbrauch des im § 152

der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsrechtes gehandelt, dann dieser sei nur zur Erlangung gänzlich Arbeitsverhältnisse gegeben, nicht entfernt aber zur Erreichung politischer Ziele, wie die Erweiterung des Einflusses sozialdemokratischer Organisations oder die Bekämpfung des Deutschtums. Das genannte reaktionäre Blatt fährt dann fort:

„Ingeachtet dieser Tatsache wagt sich von selbst die Frage auf, ob nicht seitens der Staatsgewalt Vorkehrungen gegen die Wiederkehr so bedeutlichen Mißbrauchs der Koalitionsfreiheit getroffen werden sollten, und zwar um so mehr, als bekanntlich die Sozialdemokratie bereits wiederholt mit der Anwendung des politischen Massenstreiks in der preussischen Wahlrechtsfrage und neuerdings auch in Bezug auf die Wirtschaftspolitik des Reiches gedroht hat. Da es sich in ersterer Falle um eine rein preussische Angelegenheit handelt, so geht die Ungelegenheit auch die preussische Staatsgewalt direkt an, und es wäre nicht zu verwundern, wenn die Forderung wirksamer Vorkehrungen gegen solchen Mißbrauch des Koalitionsrechtes zu politischen Prosoden in der nächsten Sitzung im preussischen Landtag zur Sprache gebracht würde.“

Natürlich handelt es sich hier um bestellte Arbeit. Mit dem angeblich mangelhaften Schutz der Arbeitswilligen vermag man nichts zu erreichen, nun kehrt man die Wahrheit nach einer anderen Seite hin um und behauptet, daß die beiden großen wirtschaftlichen Kämpfe einen politischen Hintergrund gehabt hätten und daß darin ein Mißbrauch der Koalitionsfreiheit liege. Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß beim Wiederzusammentritt des preussischen Landtags ein solcher Vorstoß versucht wird. Nur steht dem ein nicht unbeträchtliches Hindernis entgegen: Reichsgesetze kann nämlich auch der preussische Landtag nicht eigenmächtig abändern. Und deshalb wird der geplante Vorstoß sich schließlich darstellen als ein großes Geschrei mit der Aufforderung an die preussische Regierung, im Sinne der Reaktionen tätig zu sein. Die preussische Regierung wäre gewiß geneigt, auf die Wünsche der Scharfmacher einzugehen, allein sie kann das auch nicht aus eigener Kraft, sondern ist dabei an die Zustimmung des Bundesrats und, was das Wesentlichste ist, an die des Reichstags gebunden.

„Vom liberalen Standpunkt.“

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Kölsch verleiht sich in den „Jungliberalen Blättern“ gegen die Angriffe, die in den letzten Wochen nicht nur in der konservativen, sondern auch in einem Teil der nationalliberalen Presse gegen ihn erhoben worden sind:

Ich habe in namentlicher Abstimmung, allerdings als einziger der Fraktion, für den Artikel 10 im Änderungsantrag Abrecht und Genossen gestimmt. Dieser Artikel geht darauf hinaus, daß der Militärboykott gegen Gewerbetreibende wegen Zugehörigkeit zu einer Partei oder Religionsgemeinschaft unterbunden werden solle. Für diesen Grund hat sich der Reichstag in überwiegender Mehrheit entschieden, was schon daraus hervorgeht, daß die Budgetkommission eine entsprechende Resolution beschloß und beim Reichstag beantragte. Diese Resolution wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen; es stimmte dafür die gesamte Linke und eine große Anzahl des Zentrums. Da ich als Vertreter des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes aber gerade die Verhältnisse auf diesem Gebiete genau kenne, und weiß, welche erheblichen Mißbräuche in den verschiedensten Landesteilen vorkommen, deshalb habe ich, da ich der Meinung bin, daß hier eine Resolution, die die Befolgung bekanntlich in den freien Willen der Regierung stellt, nicht genügt, für eine gesetzliche Bestimmung, die ich für nötig halte, gestimmt. Hieraus kann mir vom liberalen Standpunkte aus wohl kein Vorwurf gemacht werden.

Vom liberalen Standpunkte gewiß nicht. Aber Herr Kölsch vergißt, daß er der nationalliberalen Partei angehört. Da hat der liberale Standpunkt nur wenig Geltung.

Willige Prinzipienfestigkeit.

Im Wahlkreise des verstorbenen Genossen Kaden, Dresden-Neustadt, brachten bei den Wahlen von 1912 die Sozialdemokraten 21 226, der reaktionäre Mißmachers 13 222 und die Frei-

sinnigen 12 222 Stimmen auf. Die Fortschrittler geben sich in der Hoffnung hin, daß sie diesmal die Konservativen abdrängen und genügend Wähler auf die Beine bringen werden, um eine Stichwahl mit den Sozialdemokraten herbeizuführen. Die freistündige „Morgenzeitung“ hat für diesen Fall schon die Unternehmung durch die Parteien und Parteilichen der Rechten in Betracht gezogen. Aber da kommt sie bei dem konservativen „Vaterland“ schon an. Das laut los:

Solange die fortschrittliche Volkspartei im Verhältnis der Bundesgenossenschaft zur Sozialdemokratie steht, solange sie nicht bedingungslos in jedem Fall dem bürgerlichen Kandidaten zum Siege gegenüber der Sozialdemokratie verhilft, ist die national ebenfalls in der Sozialdemokratie. Nationale Männer werden sich deshalb im Falle einer Stichwahl zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten an der alte Sprichwort erinnern, daß der Fehler so gut ist wie der Stehler und werden weder einem Sozialdemokraten noch einem Fortschrittler ihre Stimme geben können.

So offenbar wird die Konservativen nicht sein, wenn sie überhaupt an eine Stichwahl glauben. Aber da sie in gutem Grunde von dem Siege der Sozialdemokraten im ersten Gang überzeugt sind, können sie sich es leisten, aus ihrem Verge keine Würdiger zu machen.

Die katholischen Arbeitervereine unter dem Kirchenbanner.

Bischof Dr. Koram hat, nach einer Mitteilung der „Volkstimme“ für die Leiter katholischer Arbeitervereine, die sich dem Diözesanverbande anschließen, folgende „Richtlinien“ erlassen:

- 1. Alle katholischen Arbeitervereine der Diözese Trier schließen sich dem Diözesanverbande an. 2. Der Diözesanverband wacht als solcher über die religiöse und sittliche Erhaltung der Vereine. 3. Im Vorstande des Diözesanverbandes sind nur aus einem katholischen Arbeiterverein anzuschließen, die sich einem katholischen Arbeiterverein anschließen, sind nur zu einem Vorstandsamt befähigt. Sie brauchen das Berliner Verbandsorgan nicht zu halten, haben aber auch in Angelegenheiten des Berliner Verbandes kein Stimmrecht. 4. In den Vereinen des Diözesanverbandes darf von Vereinen wegen kein Blatt gehalten werden, das die Bestimmungen des heiligen Vaters in seiner Enzyklika „Singulari quadam“ mißachtet oder bekämpft. 5. Entstehende Schwierigkeiten werden von den Leitern des Diözesanverbandes unter dem Vorsteh des Bischofs oder seines Vertreters geregelt.

Diese „Richtlinien“ werden den Miß zwischen Köln und Berlin noch erweitert. Doch das ist nur nebensächlich; unbegreiflich ist, daß Arbeiter sich derartiges bieten lassen!

Raffalina ist anständig.

Ein Einwohner in Ebersdorf bei Frankenberg im hiesigen Sachsen hatte seinem neugeborenen Töchterchen die Namen Erna Raffalina mit dem Rufnamen Erna gegeben. Die Behörde war aber mit dieser Benennung der kleinen Weltbürgerin nicht einverstanden, denn der Vater erhielt, wie man der „Berl. Volkszeitung“ aus Dresden mitteilt, halb nach der Geburtsanmeldung folgenden Befehl des Amtsgerichts Frankenberg zugehört:

„Zu dem Eintrag der Geburtsurkunde Nr. 58 des Standesamtes zu Ebersdorf vom Jahre 1913 ist gemäß § 65 des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 folgender Rundervermerk zu bringen: Auf Anordnung des königlichen Amtsgerichts Frankenberg wird der Vorname Raffalina als unzulässig gelöscht.“

Die Frage, welche Vornamen Eltern ihren neugeborenen Kindern beizulegen berechtigt sind, gehört dem öffentlichen Rechte an. Die Auswahl ist nicht auf die etwa im Kalender oder im amtlichen Vornamensverzeichnis stehenden oder nach Herkommen gebräuchlichen Vornamen beschränkt, wohl aber sind beliebt erfindene oder anstößige (1) Vornamen durch die Rücksicht auf das Wohl und die Interessen des Kindes ausgeschlossen. Die Wahl eines solchen Vornamens seitens des Vaters des Kindes stellt sich als ein Mißbrauch des dem Vater nach § 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuches zustehenden Erziehungrechtes dar. (1) Der Vorname „Raffalina“ ist nicht nur unzulässig, er hat offenbar dem Namen Raffale nachgebildet werden sollen. Der Antrag der königlichen Amtshauptmannschaft Hülba auf Löschung des Vornamens ist daher gerechtfertigt.

Wenn wir auch die Wahl solcher Namen für Kinder, deren Entwicklungsgang man nie vorher bestimmen kann, gerade nicht für besonders toll und geschmacklos halte, so finden wir doch den Eingriff des Gerichts nicht für angebracht. Der Staat wäre wohl nicht eingegriffen, wenn Raffalina ihren Namen behalten hätte.

Erweck.

Ein Roman aus dem Proletariatleben von A. Ger.

16] Selmut ist ein Jugendbild vor Hebräisierung sprachlos. Dann sagt er mit einer Stimme, durch die helle Empörung zittert: „Wir sind in den letzten Wochen so an Verschiedenes gewöhnt worden, aber daß auch die Weibschamlosigkeit verboten werden würde, das hätte ich doch für unmöglich gehalten. Die übergroße Mehrheit unserer Bevölkerung wird gewiß ähnlich empfinden, und deshalb halte ich es für fast überflüssig, daß die Behörde dieses ganz ungewöhnliche Verbot auch begründet.“ „Nicht! Meinem Sie schon, daß die Behörde irgend eine Maßnahme oder Entschädigung ohne zwingende Gründe trifft oder daß diese Gründe die Pflicht der Öffentlichkeit zu schenken haben? Also die Begründung sollen Sie schon noch hören. Vorher beantworten Sie mir erst einmal einige Fragen. — Wie können Sie jünger Mensch dazu, sich an die Spitze eines solchen Unternehmens zu stellen? Ihre Name steht doch an erster Stelle.“ „Das ist lediglich Zufall, Herr Rat. Wir haben, wie Sie ja schon wissen, einen Namen, und der zufällige Name.“ „So! Wie können Sie jünger Mensch aber überhaupt dazu, sich an einer solchen Sache zu beteiligen?“ „Schauen Sie sich an, was für eine Person ich bin. Herr Rat! Ich bin ein junger Mensch, wie Sie ja schon wissen, an den Mitten Menschen werden. Obwohl ich es nun für wenig wahrscheinlich halte, werde ich Sie denken, wenn Sie es doch noch wollen, von jetzt an nur noch mit einem Namen zu tun.“ „Ah so! Mit einem falschen Namen? Wäre das nicht ein wenig gefährlich? Was bilden Sie sich denn eigentlich ein?“ „Nicht! Ich bin ein junger Mensch, wie Sie ja schon wissen, an den Mitten Menschen werden. Obwohl ich es nun für wenig wahrscheinlich halte, werde ich Sie denken, wenn Sie es doch noch wollen, von jetzt an nur noch mit einem Namen zu tun.“

Dem Volksgesetz schwebt ein „frecher Himmel“ auf den Lippen. Aber er verschluckt die Worte, denn der „junge Mensch“, der so aufrecht und sicher vor ihm dasteht, und ihm so fest und offen in die Augen sieht, kommt ihm plötzlich doch recht mammoth vor. Langsam, mit beidemem Spott in der Stimme, sagt er deshalb nur: „Also Herr Wachsenbauer Berg — so ist es doch richtig, nicht wahr? und ich habe auch nichts dergleichen?“ — wie kommen Sie als lediger, junger Mann dazu, Versicherungen für Kinder zu strargieren?“ „Darauf liebe ich mich wunderbarst, sagen, Herr Rat. Zum Beispiel: Es geht die Behörde nichts, aber auch rein gar nichts an, wenn ich mich in meinen Angelegenheiten beteilige. Aber ich will zunächst noch höflich bleiben und nur erklären, daß keineswegs nur ältere oder verheiratete Männer das Privilegium besitzen, Kindern eine Freude machen zu dürfen. Soll doch auch der große Kinderfreund, von dem die Worte stammen: „Lasset die Kinder zu mir kommen“ verheiratete Nachrichten zufolge, zeitweilig Junggeselle geblieben sein!“ „Unterlassen Sie solche alberne Bemerkungen über unseren Herrn und Heiland! Wir haben noch einen Paragraphen über Gottesdienstleistungen im Strafgesetzbuch, mit dem können Sie sonst Belustigung machen!“ „So! Wie kommen Sie, Herr Rat, zu diesem Lohne ich haben Zeit noch dazu, mich mit Ihnen über den Begriff der Gottesdienstleistungen zu unterhalten. Ich warte noch immer auf die Begründung des Verbotes der Weibschamlosigkeit.“ „Diese Gründe liegen sehr nahe, nämlich zu einem recht beträchtlichen Teile in Ihrer Person selbst. Seit Wochen wird unsere Arbeiterbevölkerung durch Reden in Personalmitteln, Artikel in der „Volkstimme“ und durch Flugblätter eben so systematisch angegriffen, wie das Ansehen der Behörde in der Öffentlichkeit herabgesetzt wird. Nun können wir ja die Druckkammer nicht gut. Warum rechnen Sie beispielsweise so und so oft in der Woche noch Zeit in der Nacht nach der Kabarett? Wären Sie, meine Herren, nicht das und nicht Beobachter, und die Arbeiter nicht, daß Sie für die „Volkstimme“ korrespondieren?“ „Nun, Herr Rat, es ist ja nicht zu wissen, was in der Nacht nach dem Kabarett anzuhaben ist. Die Polizei ist von dem Kabarett noch nicht im Bilde.“ „So! Wie können Sie, Herr Rat, zu diesem Lohne ich haben Zeit noch dazu, mich mit Ihnen über den Begriff der Gottesdienstleistungen zu unterhalten. Ich warte noch immer auf die Begründung des Verbotes der Weibschamlosigkeit.“

höflich anlassen; das beweist die Strafe, welche das Gericht wegen schwerer Ausschreitungen heute gegen Ihren Logikort aussprechen mußte, der, wie mit telephonisch mitgeteilt wurde, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Und weil auch die geplante Weibschamlosigkeit den gleichen Zwecken dienen, den Geist der Widerständigkeit stärken sollte, deshalb ist und bleibt sie verboten.“ „Nach der großen Rolle, die Sie mich spielen lassen, Herr Rat, möchte ich eigentlich mein Ausschneiden aus dem Komitee, zu dem ich augenblicklich bereit bin, hinsetzen, um das Verbot aufzuheben.“ „Nein! Nein! Es war es nicht gemeint! Die anderen Komiteemitglieder, und wer sonst immer dorgehoben wird, das ist alles die gleiche Nummer. Wir lassen uns nicht blipieren! Es bleibt ein für alle Mal beim Verbot!“ „Und mit dieser Entschädigung kommen Sie jetzt, unmittelbar vor dem Feste, wo eine Beschwerde an die oberen Instanzen, der Kürze der Zeit halber, kaum noch möglich ist!“ „Die können Sie sich sparen! Hier“, damit hält der Volksgesetz Selmut die geöffnete Aktenmappe vor, finden Sie bereits die Begründung unserer Entschädigung durch den Regierungspräsidenten und die weiteren Instanzen, die bis auf dem Vorgesetzten über dem 1. Instanz Zustimmung beigetreten sind.“ „Ausgesetzt! Die Beschwerdeführer sind bereits abgewiesen, ehe sie noch Beschwerde führen können. Die oberen Instanzen entscheiden, ehe sie nur die Gründe des Beschwerdeführers kennen gelernt haben.“ „Aber Sie wissen, was wir wollen, und das ist die Hauptsache.“ „Ohne Zweifel, Herr Rat. Und großartige Aussichten eröffnen dieses Verfahren für die Zukunft. Denn es ist gar nicht einzusehen, warum es nur auf die Verwaltung beschränkt und nicht auch auf die Justiz übertragen werden soll. Mit welcher Eleganz werden wir dann in die russischen Zustände hineinwischen.“ „Das sind Klüften. Andere Leute denken darüber wieder anders. Sehen Sie, es hat keinen so ein frecher Wächter aus — nicht bei uns — sonst hätten wir uns den Wächter schon gekauft, sondern anderwärts in unserm Lande, öffentlich bekannt, unsere Behörde hier verdient gar nicht ein so gutes, trades und gebührendes Wort, wie es das unfruchtbar. Kinder dagegen meinen, unter Volk hier verdient gar nicht die humanen, Lebensbedingungen und gerechten Gehälter, die es heißt, sondern verabschiedeten Soldaten, die sich im Leben und Bäumen nicht genug tun können, sondern eine Verhandlung nach russischem Muster.“

Die deutschen Turnen. In schönen Neben ist in Leipzig die „sittliche“ Bedeutung der nationalen Turnerei gepriesen worden, und nun kommt ein Theologe und schließt im „Reichsboten“ sein Zeugnis aus, wie es mit der Sittlichkeit dieser von allen Behörden feierlich begrüßten Stützen des Deutschtums in Leipzig ausgefallen hat. Nach für Nacht hätten sie, noch mit ihren Absichten geschmückt, die verurteilten Straßen ausgefüllt, in denen bald ein jeder Beschreiber spottender Andrang geföhrt habe.

Wer dieses Treiben, sagt der Theologe, mit angesehen hat, dem steht es unumstößlich fest, daß der sittliche Schaden des 12. deutschen Turnfestes viel größer ist, als der nationale Erfolg. . . . Wenn die deutsche Turnerschaft nicht mit effernem Beize die unstillen Elemente aus sich entfernt, ist ihre die Berechtigung abzuspüren, an der Erziehung der deutschen Jugend mitzuarbeiten.

Ein nativer Herr, dieser Theologe! Unfähig zur Erziehung der deutschen Jugend sind nur die Sozialdemokraten. Ihnen fehlt sogar zum Erteilen von Turnunterricht die sittliche Reife. Die gutgeleiteten Turnen aber verlieren diese Reife auch dann nicht, wenn sie noch so viel auf Wegen wandeln, die einem Gottesmann nicht gefallen, und wahrheitsgemäß wird man es ihnen noch besonders hoch anrechnen, daß sie auch in den Vorbeilen ihre turnerisch-nationalen Abzeichen nicht abgelegt haben. Diese Männer vergessen eben in keinem Moment ihres Lebens, daß sie Deutsche sind.

Unbank ist der Welt Lohn. Die nachträgliche Entschuldigung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ über ihre wenig sozialistischerweise Behandlung des sozialdemokratischen Stichwahlkampfes in Hauch-Belzig hat ihr keineswegs die Absolution der Junker gebracht. „Rühi bemerkt die „Kreuztg.“ zu der offiziösen Mitteilung: „Bei der letzten Wahlung, die die Regierung seit geraumer Zeit gegen die Sozialdemokratie einnimmt, ist das „nützige Geschäft“ zum mindesten erklärlich wenn nicht rechtfertigt.“ Auch die „Z. Tagtg.“ ist nach seiner Richtung hin „hingeht“. Ungehalten schreibt Herr Dertel: „Diese Verteidigung wurde eindrucksvoller sein, wenn man bei der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ nicht schon wiederholt, beispielsweise auch vor den letzten Reichstagswahlen, eine energische Haltung gegenüber den Hindernissen gewisser bürgerlicher Gruppen zur Sozialdemokratie vorzuziehen hätte — wenigstens in der Zeit, in welcher sie vielleicht noch eine positive Wirkung gehabt haben würde. Außerdem aber wäre angebracht das freiwirtschaftlichen Verhaltens in Hauch-Belzig auch wohl ein etwas deutlicheres Wort in dem Organ der Regierung sehr angebracht gewesen.“ Diese Antwort haben wir vorausgesehen.

Ausland.

In den Klauen des Barismus.

Wir erhalten aus Alexandria folgende Mitteilung über die Lage des am 1. August ausgewiesenen Genossen Adamowitsch, des Rebakteurs des russischen Seemannsorgans „Morja“. Die Schandrolle steigt einem jeden rechtlich denkenden Menschen bei der Lektüre dieses Briefes ins Gesicht, die Scham wegen jener heuchlerischen Gesellen auf den Regierungsbänken, die wie Mäuler ihre Hände in Unschuld wuschen, und den Führer der russischen Seemannsorganisation wegen seiner gescheiterten und schriftstellerischen Tätigkeit den Qualen der russischen Gefängnisse auslieferten.

Traurige Nachrichten — schreibt unser Korrespondent — treffen über die Lage des Genossen Adamowitsch ein. Der arme hat alle Hoffnung auf Rettung verloren und unterwegs nach Odessa zum ersten Selbstmordversuch unternommen. Das erste Mal wurde er dem Gendarm, der ihm das Essen brachte, den Revolver, und suchte sich zu erschließen. Aber die mit einer eisernen Kette belasteten Hände konnten nicht rasch genug losdrücken, und der Gendarm schlug ihm mit einem Säbel den Revolver aus der Hand. Das zweite Mal versuchte er sich zu erhängen, aber auch hier bereitete man seinen Selbstmordversuch.

Als das Schiff, das den Genossen Adamowitsch von Alexandria nach Odessa brachte, Konstantinopel passierte, wurden 32 Soldaten von dem dort stationierten Kriegsschiff „Ragui“ als Wache auf das Schiff geschickt. Beim Eingange in das Schwarze Meer wurde der Dampfer von zwei Kreuzern erwartet, die ihn nach dem Dardanellen Hafen begleiteten. Unterwegs hatten offenbar die Schmerzen zugenommen, die der Genosse Adamowitsch noch vor seiner Auslieferung in seinem Fuße verspürte. (Gesamtlich hatte der Genosse kurz vor seiner Auslieferung einen leichten mißglückten Fluchtversuch aus dem Gefängnis unternommen und sich hierbei einen Fuß verletzt.) Als er vom Dampfer an Land gebracht wurde, konnte er ohne Hilfe nicht gehen; Soldaten hielten ihn an beiden Seiten an den Ellenbogen — die Hände waren gefesselt —, er hinkte höllig und konnte sich kaum fortbewegen.

Der gepänte Protestbrief im Dardanellen Hafen konnte nicht angesehen werden, weil die Schiffabriegelung angeht für drei englische Schiffe Mannschaften angeworben und sie am Tage, wo der Genosse Adamowitsch eintraf, zu sich aufs Kontor bestellt hatte. Die Seeleute erkannten aus diesem Mäuler, daß diese Mannschaften als Ersatz für die streikenden Seeleute, die an diesem Tage auslaufen mußten, bestimmt waren, und erklärten deshalb den Streik nicht. Am folgenden Tage wurden die angeworbenen Ersatzmannschaften kurzer Land entlassen.

Von der Arbeiterbewegung in Brasilien.

Aus Rio de Janeiro schreibt der Genosse Rosendo das Santos, der Sekretär des brasilianischen Gewerkschaftsbundes, unter anderem: Ueberall und allenthalben kann man beobachten, wie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der großen Schichten des Volkes infolge der stetigen Ab- und Zuwanderung die Tendenz aufweisen, in allen Ländern die gleichen zu werden. Schon deshalb ist es ein schmerzlicher Irrtum, wenn noch immer viele Arbeiter der alten Welt sich von den Agenten unserer Regierung lassen lassen in der Hoffnung, hier viel bessere Verhältnisse wie in der Heimat anzutreffen. Dabei liegt aber nicht der geringste Grund vor, auch nicht für die Bewohner derjenigen Länder, die noch von Hungergeplagten heimgekehrt werden, die hierin Arbeiter um ihre wirtschaftliche Lage zu beneiden. Aus vielen Teilen des Landes, besonders aus dem nördlichen Brasilien, flüchten die Einwohner vor den furchtbaren Zuständen, die dort anzutreffen sind. Die Zuwanderung aus den Staaten Ceara, Parajaíba usw. ist daher im stetigen Steigen begriffen. Als erdigerlicher gehen die Verhältnisse im Staate Saint-Paul. Aber auch dort wird vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet. Und die Entlohnung ist so gering, daß die Nahrung der Arbeiterfamilien nur aus Bohnen und Maniok-Wurzeln besteht, und auch hier gibt es keine vollen Nationen. Die Plantagenbesitzer, die „Fazendeiros“, dieser Gegenden können sich auch jetzt der Verschaffung der Erlaubnis noch immer nicht dazu gewöhnen, ihre Arbeiter anders wie irgend welches Vieh zu behandeln. Zwar haben diese wiederholt versucht, eine Veränderung herbeizuführen, aber immer wieder wurden ihre Organisationen unterdrückt und die Teilnehmer in der barbarischsten Weise verfolgt. Das geschah auf Grund des sogenannten „Fazendeiros-Gesetzes“, das ein Ausnahmefall für den Arbeiter ist und die Verantwortung für das geringste Vergehen gegen die Arbeiter überträgt. Nicht nur wird auch die Solidarität, mit Säbel und Gewehr gegen alle Arbeiter in Verbindung gesetzt, die eine Verbesserung ihrer unermesslichen Verhältnisse zu fordern wagen, und zwar in solch brutaler Weise, wie das wohl in keinem anderen Lande vorkommt. Obendrein hat man jetzt Ausnahmefälle für Arbeiter, ohne daß die Regierung es bisher gewagt hätte, die beschlossenen Verhandlungen bekannt zu geben. Wir hoffen aber, daß das Proletariat aller anderen Länder unseren lauten Protest gegen die verabschiedete Behandlung der Arbeiter unserer Länder unterstützen und mit uns kämpfen wird, nicht nur und nicht nur in Brasilien, sondern auch in allen anderen Ländern.

Streik für die Freiheit. Zum Protest gegen die Verdrückung der Parteipresse strakten in Petersburg seit einigen Tagen die sozialdemokratischen Arbeiter. Die Zahl der Streikenden betrug nach den letzten Meldungen gegen 80 000.

Erfolge der Morbidindustrie in Rußland. Die amtliche „Rossija“ veröffentlichte dieser Tage Nachrichten über eine in Kasan an der Wolga zu erbauende Geschloßfabrik, die die Verfertigung der für die russische Marine erforderlichen Geschloße übernehmen soll. Die technische Leitung ist der englischen Firma Vickers übergeben, außerdem ist die Petersburger Metallfabrik an dem Unternehmen beteiligt. Das Gründungskapital beträgt 25 Millionen Rubel, die in Aktien zu je 100 Rubel ausgegeben werden. Das neue Unternehmen steht in nächsten Beziehungen zu einem russischen Bankensyndikat, das die größten Metallwerke in Rußland ankaufte, und Hand in Hand mit den Firmen Kreuzot und Vickers die Gründung eines Syndikats der russischen Metall- und Geschloßwerke anstrebt.

Die Sühne für den Vorgang in Ranz. Das Polizeigericht verurteilte gestern den Studenten, der am 14. Juli eine Gruppe Rotbrücker in einem Cafe beleidigt hatte, zu 15 Tagen Gefängnis und 300 Fres. Schadenersatz.

Der Kampf zwischen Nord und Süd in China. Nach einer Meldung des „Neueren Bureaus“ aus Peking haben die Städte Kiangsi, Kiangsu, Kwangsi, Sunen, Canton, Szechuan, Hunan und Anhui die Absicht, ihre Unabhängigkeit zu erklären; einige von ihnen haben dies auch in vorläufiger Form bereits getan. Viele Nordtruppen sind nach Kiangsi abgezogen, wo der Kampf noch andauert, augenblicklich ohne Entscheidung. Die Stellung der Japaner ruft bittere Kommentare hervor.

Die Chinesen glauben, daß die Japaner überall Haber erregen. Die Unbeliebtheit japanischer Offiziere im Lager der Rebellen gibt dieser Annahme Farbe, während die Tatsache, daß japanische Kanonenboote in der Gegend von Anker liegen, zu einem Protest des Vizepräsidenten Liuanan geführt hat. Die Südruppen erklären öffentlich, sie hätten Zusicherungen auf japanische Hilfe erhalten. Die chinesischen Wähler fordern eine amtliche Erklärung bezüglich einer angeblichen Rede des zum japanischen Gesandten in Peking ernannten japanischen Diplomaten Yamaga, in der die Verwaltung Jüanichais kritisiert wird.

Die japanische Gesandtschaft ist der Ansicht, daß Yamaga falsch zitiert worden sei und bestritt, daß den Rebellen von den Japanern offiziell Unterstützung gewährt worden, oder sonst irgendwo die Neutralität verletzt worden sei.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Zu den Stadtverordnetenwahlen 1913.

Im November dieses Jahres finden in den meisten schlesischen Stadtgemeinden wieder Stadtverordnetenwahlen statt. In vielen Orten wird der Kampf unserer Genossen mit den verächtlichen Würgeln sehr heftig werden. Unsere Erfolge vor 2 und 4 Jahren will man uns unvollständig machen und uns wieder zurück drängen. Für uns gilt es aber, nicht nur unsere bisherigen eroberten Positionen zu verteidigen, sondern auch neue dazu zu erobern.

Um das zu ermöglichen, ist es unbedingt erforderlich, die Vorbereitungen für die Wahl recht sorgfältig zu erledigen. Dazu gehört in erster Linie, das Einsehen der Wählerlisten gut zu organisieren.

Vom 15. bis 20. Juli liegen in allen Städten, die in diesem Jahre wählen, die Listen, nämlich auch Sonntags, für jedermann zur Einsichtnahme aus. Wir ersuchen alle Parteigenossen, nicht nur selbst während dieser Zeit die Listen einzusehen, sondern sich auch zu überzeugen, ob ihre Bekannten aus ihrem oder den benachbarten Häusern, ihre Kollegen aus den Fabriken und Werkstätten, von Bauten u. a., ob sonstige Verwandte und Bekannte, in den Listen verzeichnet sind. Lieber einen Namen 10 mal nachsehen, als einmal. Auch Arbeiter, die wegen ihrer Kinderzahl keine oder wenig Steuern bezahlen, sind wahlberechtigt und müssen in die Liste aufgenommen werden. Wer nicht in der Liste steht oder andere in der Liste als fehlend bemerkt, melde dies sofort dem zuständigen Vorsitzenden, oder dem Kassierer des Vereins, oder auch an das Bezirkspartei-sekretariat in Breslau.

Der Bezirksvorstand, Margaretenstraße 17, I.

Brieg, 18. Juli. Achtung, Gewerkschaftler und Parteigenossen. Die Listen der stimmberechtigten Bürger zu den Stadtverordnetenwahlen liegen vom 15. bis 30. Juli im Zimmer 2 des Rathhauses von 8 Uhr vormittag bis 1 Uhr mittags und von 8 Uhr bis 6 Uhr nachmittags aus. Es ist nun Pflicht eines jeden Arbeiters die Listen einzusehen, um sich dadurch des Stimmrecht zu sichern. Daß es wieder ein harter Kampf werden wird, beweist schon jetzt die Stellungnahme des Bürgervereins sowie ein Auspruch eines Mitgliedes des katholischen Arbeitervereins, der bei dem Frühentweihen des evangelischen Arbeitervereins fiel, wonach sie zwar getrennt marschieren aber vereint schlagen wollen. Nun, wir meinen, dann schlagen sie sich nur selbst. Gerade die Parteien im Reichstage, die mit den christlichen Arbeitervereinen liebäugeln, sind es gerade, die die großen Massen durch indirekte Steuern belastet und ihnen den Strohhalm höher gehängt haben. Es würde sich hier das Sprichwort wieder bewahrheiten: nur die allerdümmsten Käbber wählen ihre Mehger selber.

Brieg, 18. Juli. Ein Schiffsunfall ereignete sich Mittwoch Abend gegen 8 Uhr auf der oberen Oder. In der Nähe der alten Schleuse lag ein mit 25 beladenen eisernen Kahn fuhr diesen an, so daß die Unterseite riß. Das nun dem hochgehenden Strome preisgegebene Schiff fuhr nun mit erheblicher Geschwindigkeit dem großen Wehr an der polnischen Mühle zu und blieb auf dem Wehre stehen. Es wurde sofort versucht, die Familie des Schiffers sowie die andere Besatzung aus Land zu holen, was auch unter großen Schwierigkeiten gelang. Ein Dampfer unternahm den Versuch, den Kahn abzuschleppen, mußte ihn aber als aussichtslos wieder aufgeben. Bei dem gestern fortgesetzten Arbeiten zur Rettung des Schiffes ereignete sich nachmittags ein größlicher Unglücksfall an der Mühle. Zwei Arbeiter wurden sehr schwer verletzt, so daß sie in einer Tragbahre nach der Krankenkasse gebracht werden mußten. Einer soll schon gestorben sein. Zwei andere erhielten erhebliche Verletzungen.

Weißenhitz, den 18. Juli. Gemeindevorstand. Sitzung. In der beim Gastwirt Pöschel abgehaltenen Gemeindevorstandssitzung wurde die Abrechnung für 1912 vorgelegt. Diese ergab ein Guthaben von über 1000 Mark. Dem Rechnungsführer wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten Entlassung erteilt. An Stelle des Schöffen Ott wurde Gastwirt Ueberkötter aus Grottkam gewählt. Ueber ein Dispositum für die Straßenreinigung wurde lobhaft diskutiert, doch wurde der Punkt schließlich bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Schweidnitz, 18. Juli. Stillstandsbescheid. Der 87 Jahre alte Steinmetz Josef Strick aus dem Kreis Striegen, hatte sich vor der hiesigen Arbeiter-Kommunistenversammlung zu verabschieden. Der Vorsitzende Wille im Laufe der unter Aufsicht der Disziplinartät geführten Verhandlung sei, daß Ulrich bereits vor acht Jahren an diesem Ort erkrankte. Seine Tochter, die hiesige Arbeiterin, ist nunmehr 14 Jahre alt und verheiratet. In dieser Zeit hat sie...

Unbekanntheit wurden ihm missernde Umstände zugebilligt, so daß er vor dem Zuchthaus bewahrt blieb, doch lautete das Urteil gegen ihn auf 1 1/2 Jahre Gefängnis.

Reichenbach, 17. Juli. Viehmarkt. Auf dem am Mittwoch hiesigen Johann-Wiesmarkt waren 100 Pferde, 28 Kühe, 8 Mäuler und 815 Schweine aufgeschrieben.

Neues Krankenhaus. Das in der Deutergasse neuerbaute katholische St. Josefskrankenhaus wurde am Mittwoch durch einen offiziellen Einweihungsakt des Weihbischöf Augustin aus Breslau vollzogen, im Beisein der hiesigen städtischen und Kreisbehörden seiner Bestimmung übergeben. Die vorhandenen Kranken sind bereits einige Tage vorher nach dem neuen Krankenhaus gebracht worden. Die modern eingerichtete Anstalt hat 60 Betten.

Verhaftung wegen falscher Ausweis-papiere. Als ein stellaslos reisender Kaufmann mittels gefälschter Papiere seine Ansprüche auf die kaufmännische Kasse geltend machen wollte, wurde die Fälschung erkannt und seine Verhaftung veranlaßt.

Guhrau, 17. Juli. Schlechte Erfahrungen. Mit dem vor kaum einem Jahre von der hiesigen Verwaltung eingeführten System der Nachwachssamten an Stelle der früheren Nachwachssamten ist nicht recht klappen zu wollen. Von den zuerst angestellten Beamten ist zurzeit nur noch ein einziger im Dienst geblieben, während inzwischen eine ganze Anzahl von ihnen den Guhrauer Stand von den Pantofeln geschüttelt und sich anderswo ihr Brot gesucht haben. Wie es heißt, sollen die Anforderungen an die Leute in physischer Beziehung so hohe gewesen sein, daß sich kein Mensch — außer vielleicht dem Bürgermeister, von dem die Neuerung ausgegangen sein soll — über den stetigen Wechsel mehr wunderte. Jedenfalls aber wäre es Sache der Stadtverordneten, sich einmal ernstlich mit der Sache zu befassen, um die Ursachen einer derartigen Fluktuation und die im Zusammenhang damit stehende Unzufriedenheit durch eine objektive Umfrage kennen zu lernen.

Guhrau, 17. Juli. Ein Schwindler hatte dieser Tage einen hiesigen Schuhmachergesellen erheblich geschädigt. Bei dessen Zimmerwirt erlitten ein etwa 30-jähriger, gutgekleideter Mensch und beabsichtigte eine Schlafstube zu mieten. Er besaß den Hölzerpergungsschein und mußte sich am nächsten Morgen bei der Postbehörde behufs Anstellung melden. Wohnungelos ließ man ihn zusammen mit dem erwähnten Schuhmacher übernachteten und noch ehe dieser erwachte, war der „Zivil-anwärter“ unter Mitnahme der Uhr und des Portemonnaies als Nachschloßlegen auf Zimmerwiedersehen verschwunden. Alle Nachforschungen blieben erfolglos. Jedenfalls hat der Gauner diesen Trick schon öfter versucht und sei hiermit vor ihm gewarnt.

Erbsmannsdorf i. N. 18. Juli. Der schlecht verwahrete Schießplatz. Hier fiel in der letzten Wohnung dem dreizehnjährigen Sohn des Hausbesizers Wörbs in Kolonie Dürre Fische ein Jagdgewehr in die Hände, das er lud. Bei der Spielerei ging plötzlich ein Schuß los, und das Geschloß drang dem Knaben in die Brust, so daß der Betroffene sofort tot zusammenbrach.

Neumarkt, 18. Juli. Lieber ins Zuchthaus als zum Militär. Unter der Selbstbestimmung der vorsichtigen Brandstiftung hat sich der Arbeiter Otto Vogt der Polizei gestellt. Vogt war zum Militär ausgehoben und um dieser Verurteilung zu entgehen, zog er es vor, lieber in das Zuchthaus zu wandern. Deshalb zündete er nachts die Scheune an der Dollandstraße an. Der Brandstifter wäre schwer zu ermitteln gewesen, wenn er sich nicht selbst gemeldet hätte. Vogt ist dem Gerichtgefängnis eingeliefert worden.

Gänse, 18. Juli. Gänse von Bienen getötet. Lieber eine auf einer Wiese weidende Gänseherde bei Wondorf sei ein Bienenschwarm her. 12 Gänse wurden getötet.

Bersammlungen und Vereine.

Sonnabend, den 19. Juli:
Sattler- und Portefeuliker. Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause.
Böttcher. Abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause.

Brieg. Sonnabend nachmittag 5 1/2 Uhr: Bauarbeiterverbandssammlung im Lokal Fischerstr. 15.

Aus der Geschäftswelt.

Ein Pflanzenstoffs-Extrakt mit dem Namen „Oshana“, das nach den vorgenommenen Proben durchaus schmackhafte Bouillon gibt, bringt die bekannte Firma Mohr u. Co. in Altona-Ottensen in den Handel. Als Zusatz zu Gemüsen und als Fleischersatz soll es auch bei allen Suppen, ferner zu Saucen, Ragouts etc. sich vortrefflich bewähren.

4303. 3



Seher! Gewinnen bei allen Staats- und Wettspielen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Juli.

Freudvolle Arbeit.

Freudvolle Arbeit! Welch ein Glückseligkeit liegt nicht in diesen beiden schlichten Worten, und welche ein Sehnsuchtsgefühl beschleicht dabei nicht unser Herz. Nur wenigen ist es heute vergönnt, freudvolle Arbeit zu leisten. Den großen Scharen des Volkes ist eine solche Arbeit fremd, ist solche Arbeit nur ein Ziel für kommende Zeiten, das Ideal einer kommenden Welt.

Die steigende Arbeitslosigkeit und Spezialisierung, die der Kulturfortschritt stets bedingt und weiter bedingt, bringt zwar in allen Berufen ein gewisses Einzelne mit sich. Aber wenn die Arbeit auch noch so gleichförmig ist, so ist dennoch eine freudvolle Arbeit möglich, denn die Arbeit an sich ist es weniger, die uns erfreuen muß, als der Drang, der uns zur Arbeit treibt, und der Zweck, den wir unserer Arbeit setzen. Ein innerer Drang, für das Ganze zu schaffen, muß uns zur Arbeit treiben, ein erhabener Zweck, dem Ganzen zu leben, muß unsere Arbeit befehlen, dann geht das Innerste des Menschen in seiner Arbeit auf, dann wird die Arbeit, was sie äußerlich noch so gleichförmig sein, eine durchgeführte Arbeit, dann wird sie eine Arbeit von Freude und Glück.

Wie wenige vermögen aber heute mit ihrer Arbeit dem Ganzen zu dienen. In letzter Linie hat gewiß auch die Gesamtheit ihren Nutzen, doch gilt die Arbeit zunächst und vor allem dem Interesse einiger Wenigen, der Gewinnsucht einiger Besten. Und darum mit Recht jene fehlende Freude, darum mit Recht jener fehlende Genuß.

Welche Unnatur! Wie eine Maschine ist der Mensch bei seiner Arbeit, tot und kalt, und das ganze innere Fühlen und Drängen steht abseits vom Wege, der ganze, heilige, natürliche Trieb des Menschen, für das Ganze zu arbeiten und zu wirken und zu schaffen. Die kapitalistische Entwicklung hat den Arbeiter nicht nur von seinem Produktionsmittel getrennt, sie hat ihm auch den Geist von seiner Arbeit genommen. Man nutzt einseitig die Arbeitskraft und läßt den Geist und das Gefühl ganz außer acht, vielleicht verkümmern, während das Schaffen der ganzen einseitigen Persönlichkeit der Natur entspricht und darum der stillen Pflicht.

Nur der sozialistische Staat vermag auch hierin natürliche und stilkliche Verhältnisse zu schaffen. Erst wenn die Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft übergegangen sind, vermögen wir durch unsere Arbeit dem Ganzen zu dienen, mit dem wir uns eins fühlen, erst dann können wir unsere ganze Seele in unsere Arbeit hineinstecken, unsere ganze, große, tiefe Liebe zur Menschheit, erst dann leisten wir eine freudvolle Arbeit von nicht nur großem wirtschaftlichen, sondern auch hohem ethischen Wert.

Die „Breslauer Zeitung“ für den Massenstreik.

Die Parteibekanntmachung über den Massenstreik hat, wie nicht anders zu erwarten war, ein lebhaftes Echo auch im Kreise unserer Gegner geweckt und Konservative und Liberale beschäftigen sich mit dem Problem, ob in Deutschland ein Massenstreik möglich und ob er erfolgreich sein könnte. Die Konservativen tun es zumiß, um Unterdrückungsmaßnahmen zu empfehlen, die Liberalen, um zu zeigen, daß sie in dem Punkte viel gefeierter sind, als alle Theoretiker und Praktiker der Arbeiterpartei. Das allermeiste auf dem Gebiete leistete bisher der Hirsch-Dundersche Generalanwalt Goldschmidt, der bekannte Herr, der auf der letzten Hirsch-Dunderschen Generalversammlung hinter den abstruierenden Regierungsvertretern herließ und sie ansetzte, sie möchten doch dahinter und der dann bei seinen eigenen Beinen effigie abfiel. Herr Goldschmidt faßt seine Weisheit dahin zusammen, die Sozialdemokraten brauchen gar keinen Massenstreik, wenn sie unter dem alten Preußenwahlrecht nur „vernünftig“ wählen. Diesen Weisheitswort vergappte Herr Goldschmidt ausgerechnet in der „Bresl. Morgenzeitung“, die die Haltung der Sozialdemokraten bei diesen Wahlen von Anfang an für sehr richtig und verständlich hielt!

Recht abweichend von diesem bequemen Standpunkt bespricht Raumann in der „Silber“ und nach ihm die „Bresl. Zeitung“ das Problem. Raumann meint, daß es für die Sozialdemokratie drei Wege zur Erreichung eines besseren Preußenwahlrechts gäbe:

1. Man verzichtet auf direkte Beeinflussung der preussischen Verfassung, agitiert weiter wie bisher, protestiert und wartet, bis von irgendwoher die „Verhältnisse“ sich so gestalten, daß ein Sturm auf die Festung von selber gegeben ist. Das ist in der Praxis die Haltung der überwiegenden Mehrheit der Partei.
2. Man stärkt den Liberalismus aller Schattierungen, indem man die sozialdemokratischen Stimmen überall dort, wo eigene Wahlsiege ausgeschlossen sind, im ersten Wahlgang auf Liberale abgibt, um sie in Stichwahlen zu bringen. Dadurch zwingt man die liberalen Parteien, in der Wahlrechtsfrage klar Farbe zu bekennen und verbindet sie in dieser wichtigsten Angelegenheit mit der Sozialdemokratie. Das ist der frühere Vorschlag von Eisner.
3. Man versucht es, durch Demonstrationen und Generalstreik die bürgerliche Gesellschaft soweit einzuschüchtern, daß sie aus Sorge um ihre eigene Sicherheit Zugeständnisse im Wahlrecht macht. Dieser Gedankengang ist durch Dr. Frank-Mannheim neuerdings in den Vordergrund gestellt worden und ist der eigentliche Gegenstand der jetzigen Parteivorberatungen.

Sein eigenes Urteil faßt Raumann dazu wie folgt zusammen:

Vom Standpunkt des Liberalismus aus hat der zweite Vorschlag von vornherein viel Einflußreiches. Das aber ist natürlich für die Sozialdemokraten nicht entscheidend. Sie befehlen sich die Sache von ihrem Gesichtspunkt aus, und da erheben sich zunächst gegen alle Arten des Vorgehens oder Abwärtens gewichtige Bedenken. Gegen den ersten Weg ist zu sagen, daß er im Grunde kein Weg ist. Gegen den zweiten Vorschlag ist einzuwenden, daß er die Grenzen zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus verwischt und darum vom Standpunkt der reinen Massenbewegung die Parteigränzen abzuwischen ist. Gegen den

dritten Gedankengang ist vorzubringen, daß bloße Demonstrationen nichts helfen, und daß ernstlichere Zwangsmittel von den mächtigeren Gegnern voraussichtlich mit sehr gefährlichen Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Die Sozialdemokratie steht also wie vor einer Mauer.

Und im Gegensatz dazu sagt nun — das ist das Interessanteste an der ganzen Sache — die sonst nicht gerade radikale fortschrittliche „Breslauer Zeitung“:

„Wir glauben nicht, daß der Massenstreik oder große Teilstreiks zugunsten des Wahlrechts, verbunden mit StraßenDemonstrationen, wirkungslos sein würden. Ein Streik ist für das bürgerliche Unternehmertum eine sehr unangenehme Sache. Und gerade die Kreise, die der politischen Vernunft sonst ziemlich unzugänglich sind, werden heilhörig, wenn ihnen die Spielerei oder die Verböhrtheit auf politischem reaktionären Gebiete anfängt Geld zu kosten. Ebenso wie die Bürokratie „ihre Ruh“ haben will“. Wir erinnern nur, wie total nervös die maßgebenden Kreise bereits bei den Berliner StraßenDemonstrationen vom Jahre 1909 geworden waren. Die Frage scheint uns nicht die zu sein, ob der Versuch mit StraßenDemonstrationen und großen Streiks an sich wirksam sei und zu einem Erfolge in Sachen der preussischen Wahlreform führen würden — diese Frage würden wir wir glatt mit „Ja“ beantworten, die Frage ist vielmehr die, ob die Sozialdemokratie in ihren Führern oben in der Parteiführung und überall örtlich, wo die vielen kleinen Pächter das Pflaster in der Hand haben, nicht längst viel zu behändig und zu bourgeoismäßig geworden ist, um das allerdings sehr flüchtige, ja höchst gefährliche Geschäft der Injizierung und Leitung von solchen Volksbewegungen in die Hand zu nehmen.“

Wir wollen uns heute über die Behändigkeit nicht streiten, sondern wollen nur hoffen, daß die „Breslauer Zeitung“ bei ihrem Urteil bleibt, wenn die Sozialdemokratie etwa doch nicht so behändig sein sollte, auf das Mittel des Massenstreiks und der StraßenDemonstrationen zu verzichten. Und wir wollen weiter hoffen, daß sie dann selbst nicht zu behändig ist, um wenigstens die von ihr als wirksam anerkannten StraßenDemonstrationen mitzumachen. Wer lebt, wird's sehen!

Der Fleischverbrauch.

Soweit er sich aus den Nachweisen über die der geistlichen Schlachtwirtschaft und Fleischbeschau unterliegenden Schlachtungen feststellen läßt, hat im deutschen Reich für das 1. Vierteljahr 1913 gegen daselbe Vierteljahr 1912 ganz außerordentlich abgenommen, obwohl die Bevölkerung in dem Jahre um Hunderttausende gewachsen ist. Der Konsum ist demnach pro Kopf stark eingeschränkt worden. Es wurden z. B. 680 000 Schweine und 105 000 Rälber weniger geschlachtet, ebenso zusammen 57 000 Kühe, Jungvieh und Ziegen weniger. Auch die Provinz Schlesien hat, obwohl die wohlhabenderen Teile der städtischen Bevölkerung nicht so auf die Fleisch- und Viehnot reagierten wie die übrigen Bewohner, auch auf dem Lande, stark gelitten, denn es wurden nicht nur 41 000 Schweine weniger geschlachtet, sondern auch 5000 Kühe, 8000 Rälber, 5000 Schafe und 1200 Stück Jungvieh. Nur Dachsen und Bullen wiesen eine Mehrschlachting von 300 Stück auf, und dieses Mehr entfällt in der Hauptsache auf den Bezirk Liegnitz. Im Bezirk Oppeln war der Rückgang besonders groß. Hier wurden fast 30 000 Schweine und 4400 Stück Rindvieh weniger verbraucht, und im Bezirk Breslau 6000 Schweine weniger, ebenso im Bezirk Liegnitz. Wenn also davon gesprochen wird, daß sich der Fleischkonsum in diesem Jahre gehoben hätte, so kann damit die Provinz Schlesien unter keinen Umständen gemeint sein. Da die Preise auch im 2. Vierteljahr nicht wesentlich nachgelassen haben, wird wohl auch hier der Rückgang des Fleischverbrauchs weiter angehalten haben.

Schiffsunfall.

Infolge des in den letzten Tagen herrschenden Hochwassers ist der Großschiffahrtsweg für die Dampfschiffe schwer passierbar geworden. Gestern fuhr der Schiffsführer Neumann u. Müller in Zeltitz, Kreis Ohlau, gefährliche Kohlenlasten, der eine Fracht von 6500 Zentnern Rogge enthält, durch die Fährtenbrücke. Kurz vor der Brücke verlor die ausgeworfene Anker, weil der Boden an dieser Stelle zu feinst war. Dieser Umstand war hauptsächlich Schuld, daß der Kahn nun mit voller Wucht von dem Ströme an einen kleineren Brückenpfeiler geschleudert wurde, sodaß der Vorderbord des 55 Meter langen und 6 1/2 Meter breiten Rahnes an das rechte Ufer der alten Oder anstieß. Der Zusammenstoß geschah berart heftig, daß der Kahn an zwei verschiedenen Stellen barst. Die Besatzung und die Schiffer vermochten sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Dann aber brach mit elementarer Gewalt das Wasser in den Kahn und ehe man es sich versah, verdrängte die Oberfläch der beiden Wände der Zucht. Nur die beiden Vorderenden, die auf Grund geraten waren, ragten noch aus dem Wasser hervor. Dadurch war es möglich, in die am Bord befindlichen Schiffskabinen, die als Wohnräume dienen, einzubringen und die notwendigen Utensilien zu retten. Gelb und Effekten konnten ebenfalls in Sicherheit gebracht werden. Bald nach dem Bekanntwerden des Unfalles hatte sich eine große Menschenmenge an der Fährtenbrücke und am Jagelweg angesammelt. Die sofort alarmierte Feuerwehre hatte sich bald nach ihrem Eintreffen davon überzeugt, daß ihre Hilfsleistungen an dieser Stelle vergeblich auszufrachten waren und rückte daher wieder in das Depot zurück. Mit dem Reglerdampfer war inzwischen auch der Regierungsbauwart Wegner an der Unfallstelle eingetroffen. Der Fluß ist zu beiden Seiten der Fährtenbrücke vorläufig für die Schiffsahrt gesperrt. Es besteht leider einwärtigen noch wenig Aussicht, den Schiffahrtsweg frei zu bekommen. Die Besatzung des Rahnes hatten die Pflicht, mit ihrer Ladung nach Berlin zu fahren. Die gesamte Fracht ist bei der Versicherungsgesellschaft „Wilhelma“ mit etwa 5000 Mark versichert. Auch der Kahn ist bei dem Flußfahrzeug-Versicherungsverein in Sachhausen in der Mark gegen Schäden gedeckt. Der Gesamtschaden dürfte sich einschließlich der Rettungskosten auf etwa 8000 Mark belaufen.

Der Direkt 6 (Kolonial) veranstaltet am Sonntag, den 20. Juli einen Familienausflug nach Gabel in das Gebiet von Belg. Der Rückweg erfolgt am 21. Juli zum Hauptort aus. Näheres im Anzeiger.

Frauen-Abend.

Die weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins veranstalten ihren Frauen-Abend am kommenden Montag in den im gestrigen Inseratenteil bekannt gemachten sieben Lokalen. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Bei den Oberlaufregulierungen.

Draußen in Wilhelmshafen ist es jetzt ziemlich still geworden. Der starke Regen der vergangenen Tage, hat die Oberlaufschwellen lassen. Sie trat aus ihren Ufern und überschwemmte Nieder und Wiesen. Das Hochwasser machte die Oberlauf reißenden Ströme, sodaß man keinem Arbeiter zumuten kann, auf den schwanken Pfählen zu schaffen. Wenn dann das Meer wieder geklärt und beständig erscheint, wird das Werk von neuem aufgenommen werden. Nachdem die elektrischen Anlagen angebracht sind, will nun auch die Regierung Tag und Nacht arbeiten lassen, denn die ganze Arbeit soll zum April 1915 vollbracht sein — wenn wiederum nicht die Hochwasser störend dazwischen treten.

Am Rabelweh stehen die beiden Kiesenrammer, von denen der eine mit Ketten betrieben wird und einen Kammer von 21 Zentnern besitzt und der andere Dampftrieb und einen Kamm von 28 Zentnern hat, auf dem Wasser.

Bald werden die Rammer wieder die neun Meter langen Pfähle drei Meter tief in das Erdreich, unter Wasser werden sie dann wieder bis zu weiteren drei Metern Höhe mit Beton geschützt. In vier Teilen wird das Wehr gebaut, mit einer Breite von je siebenunddreißig Metern, sodaß die größten Röhren hindurchfahren können. Ferner soll ein Kanal gegraben werden, der gegenüber Ostwie abgweigt und bei Neuhaus wieder in die Oder zurückgeht. In der Mitte dieses Kanals wird die Schleuse liegen, die die Stromoder mit der Stadt verbindet, sodaß die Schifffahrt auf diesen Teil der Oder das ganze Jahr hindurch, ohne von den Witterungsverhältnissen abhängig zu sein, erhalten bleiben wird.

Die Jahrhundert-Ausstellung.

Sonntagsport auf der Jahrhundert-Ausstellung. Auf dem Sportplatz der Ausstellung (Sportplatz Grünliche) finden am nächsten Sonntag, den 20. Juli, zwei Fußballspiele um den Ehrenpreis der Ausstellung zu vollstündigen Preisen statt. Nachmittags um 3 1/2 Uhr werden die ersten Mannschaften von „Germania“ und „Alte Germania“ gegen einander antreten, deren Wettkampf sehr interessant zu werden verspricht. Darauf wird der Platz für das zweite um 6 Uhr beginnende Spiel geräumt, in dem ebenfalls die ersten Mannschaften von „Preußen“ und dem „Verein für Bewegungsspiele“ um den Ehrenpreis der Ausstellung kämpfen werden. Der Vorverkauf findet in den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen und in der Verkehrshalle der Ausstellung statt.

* Katalog zur Kolonial-Ausstellung. Für die in Verbindung mit der Jahrhundertfeier eingerichteten Kolonialausstellung ist nunmehr auch ein kleiner Führer erschienen, der die Betrachtung der darin ausgestellten Gegenstände wesentlich erleichtert. Als Einführung bringt er allerdings eine etwas aufdringliche Rede für die deutsche Kolonialpolitik, die nicht unbedingt in den Rahmen eines Führers gehört und deren Verfasser sich von seiner Begeisterung soweit verführen läßt, daß er die Veranstaltung einer Kolonialausstellung im Rahmen der Jahrhundertfeier zur Erinnerung an die Befreiung Preußens für „fast selbstverständlich“ erklärt, obgleich doch eine ganze Anzahl recht schwerer Brücken zu schlagen sind, um hier eine Verbindung herzustellen. Auch verzichtet er nicht auf den Wert der Kolonie für die deutsche Auswanderung hinzuweisen, obgleich ihm sicher bekannt ist, daß von diesem Standpunkt aus jeder Einzelne nach seinen Kolonien Ausgewanderten den daheim Gebliebenen Hunderttausende gestiftet hat.

Der eigentliche Führer, der kurz und handlich ist und nur 10 Pf. kostet, leistet aber dem Besucher treffliche Dienste. Er erläutert die Anlagen im Freiland, die tropischen Pflanzen und das Urwaldbild und erweckt die Ausstellungsgenossen in der Halle erst zu wahren Leben. Es ist da vieles, was lebhaftes Interesse erweckt, Kokospalme und Dalmatiner, die Baumwohlfabrik, Kakaobäume und Kaffeebaum, die tropischen Erzeugnisse aller Art in ihren einzelnen Entwicklungsstadien, meist nach dem Zukunftslande gruppiert. Die Frauen dürfen u. a. von dem ausgestellten tropischen Obst gefesselt werden, dessen Name manchmal mehr origineller als angelehener wirkt, denn nach dem Brotfruchtbaum, Ochsenbrotbaum, Rosenapfel und Mammapfel gibt es auch als eßbares Obst die Stinkfrucht, die Giesantenlaus, das Ochsenherz und den Sauerfack. Nichts bewundernswürdig ist es auch, was die Eingeborenen aus dem merkwürdig geformten Flachstuch bis zu schinken und zu fertigen verfertigen. Jedenfalls gewährt die Ausstellung, an der Hand des Katalogs betrachtet, eine gute und wohl auch vollständige Uebersicht über die Produkte unserer Kolonien.

Im Anschluß an die Halle, die meist von einem würdigen Kaffeebude durchzogen ist, gibt die Firma Schönsfelder keine Tassen Kaffee zum Preise von 10 Pf. ab, der vor den Augen des Publikums gewaschen und geschleift wird. Besonders das Waschen der Bohnen in großen Spindeln ist interessant, nachdem sich herausgestellt hat, daß eine gewisse Unbedenklichkeit des Kaffees durchaus nicht auf das im Produkte enthaltene Koffein zurückzuführen ist, sondern auf dem an den Bohnen haftenden Schmutz und die künstliche Farbe. Genau Analysen unserer Getränke weisen nach, daß der Koffeingehalt des Kaffees geringer ist als der des Thees und selbst des Kakaos.

Breslau als Kongressstadt. Der diesjährige Deutsche Kongress für Säuglingsfürsorge, veranstaltet von der Deutschen Vereinigung für Säuglingsfürsorge, findet unter dem Vorsitz des Kammerherrn Dr. v. Behr-Hinow vom 18. bis 19. September in Breslau statt.

Schwere Unglücksfälle. In das Hospital der Barmherzigen Brüder wurden folgende Verunglückte eingeliefert: Ein Kauglerer aus Procau, der beim Zusammenstoßen von Wagen von den Buffen gegen den Unterleib getroffen wurde; ein Arbeiter aus Ohlau, der mit der Hand in eine Dreschmaschine kam und eine schwere Quetschung erlitt; ein hiesiger Knabe, der mit der Hand in das Messer einer Kaffeemaschine geriet und sich schwer verletzte; ein Arbeiter aus Namslau, der von seiner Frau mit einer Kohlenwaage geschlagen worden war.

Ausgesetztes Kind. Am 18. d. Mts., früh gegen 8 Uhr, wurde in den Anlagen an der Fährtenbrücke ein einjähriges Knabe aufgefunden und im Rinderstall untergebracht. Das Kind war in eine weiße A. W. getriebene Maschine geriet und sich dabei ein Bein verletztes. Die Mutter des Kindes ist noch nicht ermittelt. Angaben zur Ermittlung der Mutter des Kindes werden nach dem Anzeiger am 19. Juli veröffentlicht.

Der Krieg soll an allem schuld sein!

Die „Wirtschaftliche Korrespondenz“ schreibt: Ein großer Teil des Warenhandels steht augenblicklich einer recht bedrohlichen Situation gegenüber. Bei den Bekleidungs- und Wäschegegeschäften häufen sich Zahlungsverweigerungen und Konkurse in auffallender Weise. Das gleiche gilt von einer ganzen Reihe anderer Branchen. Natürlich sucht man nach einer Erklärung für diese plötzliche Verschlechterung der Konjunktur. Da wird nicht erst lange geirrt, ob die Ursachen vielmehr in Verhältnissen allgemeiner Natur oder in der privaten Wirtschaftspolitik zu suchen sind. Wir haben ja seit neun Monaten einen Krieg auf europäischer Erde! Das genügt, um das schlechte Geschäft in Fäden und Hosen in Deutschland zu erklären. Die Leiter großer Berliner Kaufhäuser führen die Krise im Warenhandel zurück auf „den Krieg, das Fallen der Wollpreise und die Geldknappheit“. Wer das Wirtschaftsleben mit der Natur vergleicht, muß zu einer solchen Argumentation kommen. Er wird gänzlich merken, daß er sich in etwaaus blicklos bewegt. Die Einwirkung des Balkankrieges auf Handel und Wandel in Europa wird ganz allgemein überschätzt. Die Kurse wären unter dem Druck der Geldknappheit auch ohne den Eintritt politischer Schwierigkeiten sehr bald zurückgegangen. Im Sommer 1912 hatte das Kursniveau eine Höhe erreicht, die sich selbst bei starker steigender Rentabilität der Aktiengesellschaften nicht mehr rechtfertigen ließ. Der Krieg hat zu dem unermesslichen Korrektionsprozeß an Effektenmärkte lediglich den letzten Anstoß gegeben. Geradezu komisch wirkt es, wenn gegenwärtig in den Generalversammlungen von Aktiengesellschaften, deren Geschäftsgang vom Balkankrieg nicht mehr beeinflusst wird, als die Wollpreise in Berlin von der Nordpolentdeckung, immer wieder auf den Balkankrieg als Quelle alles Übels verwiesen wird. Diese Selbsttäuschung über die wahren und tieferen Ursachen der augenblicklichen Schwierigkeiten hat natürlich für unsere Geschäftswelt weitere praktische Nachteile. Selbstkenntnis ist bekanntlich der erste Weg zur Besserung. Wenn man sich z. B. im Warenhandel, besonders im Bekleidungs- und Konfektionsgeschäft, einmal darüber klar geworden wäre, daß in der Hauptsache die maßlose Ueberproduktion des Jahres 1912 und die ganz planlose Ausdehnung der ganzen Branche an den jetzigen Zuständen schuld ist, dann würde man sich vorläufig hüten, immer wieder neue Geschäfte zu eröffnen und die alten zu vergrößern. Das Bekleidungsgeverbe konnte schon im Jahre 1911 aus dem rapiden Steigen der Lebensmittelpreise die Lehre ziehen, daß bei längerer Dauer der Verteuerung die Kaufkraft und Konsumkraft der Bevölkerung zurückgehen würde und daß die Konfektion davon den größten Nachteil haben müßte. Statt dessen wurde aber tüchtig drauf los produziert und produziert. Die Folge ist heute ein völliger Zusammenbruch des Marktes für Wäsche- und Bekleidungsgegenstände. Bei den gegenwärtigen Falten- und Inventurausverkäufen werden nicht etwa nur Saisonartikel, sondern auffallend viel Stapelware zu niedrigen Preisen verschleudert. Da gerade die Kaufhäuser sich in dieser Beziehung besonders hervortun, können die mittleren und kleineren Geschäfte gänzlich nicht gegen diese Schleuderei auskommen. Täglich werden aus allen Teilen Deutschlands Zusammenbrüche altrenommierten Firmen gemeldet. Jede Pleite bedeutet natürlich für den betroffenen Platz eine neue Gefahr, beim der Konsum ausbleibt und das Geschäft. Der Warenhandel geht sehr schweren Zeiten entgegen. Daß wir augenblicklich noch im Zeichen allgemeiner Geldknappheit stehen, trägt natürlich zur Verschärfung der Situation bei. Das Urteil ist aber hervorgerufen durch die Ueberproduktion und Ueberproduktion der letzten Jahre.

Klerikale Erziehungsmethoden.

Immer wieder finden sich Verteidiger der Prügelstrafe in der Fürsorgeerziehung, und merkwürdigerweise sind es gerade die Vertreter des „Christentums“ die darauf hinweisen, daß ohne körperliche Züchtung die Disziplin nicht aufrecht zu erhalten sei. Sie schämen den Gedanken der heidnischen Welt, den die christliche Religion predigt, weisheit und stellen den Grundsatz der brutalen Gewalt als Erziehungsideal auf. Und in der Tat scheint diese Methode in das System preussischer Fürsorgeerziehung zu passen. Hier wird bei der Auswahl der Leiter von Fürsorgeerziehungsanstalten viel weniger auf pädagogische Talente als auf die Fähigkeit zur Aufrechterhaltung strenger Zucht und scharfen Drills gesehen, wie denn hier überhaupt die Unterbrechung der Persönlichkeit und die Erziehung zum passiven Gehorsam das Ziel der Fürsorgeerziehung zu sein scheint. Die Resultate sind bekannt. Ausbrüche aus den Anstalten sind an der Tagesordnung, und nicht selten wird das Geschehen weniger unangenehm empfunden als die „Fürsorge“. Von Zeit zu Zeit gerät das Publikum in Erregung, wenn Vorgänge wie in Meilschitz und in der Wohnheimen Wäldchen zeigen, welchen Willkürlichkeiten und Qualereien die Höglinge oft ausgesetzt sind, aber ist der Prozess vorbei und hat der schuldige Anstaltsleiter eine mehr oder minder strenge Strafe erhalten, so beruhigt man sich wieder, und am System wird nichts geändert. Jentumsorganen bleibt es jedoch vorbehalten, für eine strenge körperliche Züchtung der Jugendlichen Propaganda zu machen. So schreibt die „Germania“ vom 11. Juli über die Erziehungsanstalten in Strausberg bei Berlin, daß „ohne körperliche Züchtungen als Strafmittel nicht an die Aufrechterhaltung der Disziplin auch nur einigermaßen zu denken“ sei. Selbst die Absonderung der gefährlicheren Elemente genügt ihrer Ansicht nach nicht. Ohne das „Damoskesschwert“ strenger körperlicher Züchtungen sind diese Anstalten einfach nicht zu führen, und die Erzieher in ihrer persönlichen Sicherheit nicht ausreichend zu schützen.“ Man habe trotz aller gegenteiligen Stimmen anerkennen müssen, daß gefühllos und gewalttätige Wüchse nur noch die Erregung körperlicher Schmerzen fürchten und nur durch sie in Gehorsam gehalten werden können.“ Was mit solchen „Erziehungsmethoden“ erreicht werden kann, liegt klar auf der Hand. Im günstigsten Fall sagt sich der Högling, daß er besser behandelt werde, wenn er sich unter die Regeln der Anstaltsleitung beuge und mechanisch die Arbeiten verrichte, die ihm aufgetragen werden. Weniger intelligente und temperamentsvollere Wüchse werden aber einfach gegen jede Gewalttätigkeit sich auflehnen und versuchen, ihren Bestimmungsweg zu finden, wo sie können; und wo sie nur eine Gelegenheit bietet, davonzulassen, um in der weiterestgehenden Freiheit zunächst einmal heute Erzieher zu begeben und dadurch eine schärfere Strafe heraufzubekommen. Selbst im besten Falle, also dann, wenn der Högling sich ohne weiteres in das Anstaltsregime einfügt, erreicht aber die Fürsorgeerziehung nicht ihren eigentlichen Zweck. Die jungen Leute lernen auf diese Weise nicht den Segen der Arbeit und der Selbsttätigkeit kennen, sie empfinden nicht das Glück, aus eigener Kraft ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft geworden zu sein, sie lernen nur den Gehorsam gegenüber denen, die ihnen an die Arbeit zu bewegen sind. Verlassen sie die Anstalt, so sind sie keineswegs innerlich gefestigt, sie scheitern den lästigen empfindenen Druck der Anstaltsleitung ab und sind froh, dem Zwang entronnen zu sein. Von eigentlicher Erziehung, von der Ausbildung des Verstandes und des Gemütes ist in den wichtigsten Fällen die Rede. Der Drill geht über alles. Die Mißerfolge des preussischen Fürsorgeerziehungswesens beruhen in dem System; und diejenigen, die dieses System weiterhalten oder gar verschärfen wollen, verunsichern sich an der Jugend. Die schlimmsten Feinde einer wirklichen Fürsorgeerziehung sind die, die, wie die Klerikale „Germania“, in der Prügelstrafe eines der Hauptmittel der Erziehung erblicken. Daß ohne körperliche Züchtung ganz andere Resultate erreicht werden können, beweisen die Versuche in England und Amerika, wo in den Höglingen vor allen Dingen das Verantwortlichkeitsgefühl geformt wird. Dort speert man sie nicht hinter hohen Mauern von der Welt ab, man läßt in ihnen nicht das Gefühl aufkommen, daß sie Verurteilten, aus der menschlichen Gesellschaft Ausgestoßene sind, sondern man gibt ihnen das, was ihnen fehlt: Selbstachtung, Pflichtgefühl und Arbeit, die nicht nur die Hände, sondern auch den Geist beschäftigt. In solcher Erziehungsmethode gehören freilich strenge Persönlichkeiten, die ihre Überlegenheit nicht erst durch Anwendung körperlicher Gewalt zu beweisen brauchen. Und diese Persönlichkeiten sind in Preußen-Deutschland dünn gesät. Sie können sich nur in freien Staaten voll entfalten, in denen man Arbeit und Schönheit vereint, denn nur in solchen Staaten ist Verantwortung für andere, wissensstarke Menschen. Daß in den preussischen Erziehungsanstalten Mißerfolge mit einer Wüchse der Strafmittel erzielt worden sind, wie die „Germania“ behauptet, wen könnte das schliesslich wundern? Solange nicht das Wesen der Fürsorgeerziehung von Grund auf anders wird, solange sie nicht in einem freieren Geist geleitet

wird, können einzelne Wüchse der Strafen keine Wirkung ausüben. Es werden dann natürlich als Schwäche ausgelegt. Es kommt eben darauf an, mit dem ganzen System zu brechen und in dem Fürsorgeerziehung nicht einen Sträfling zu sehen, sondern einen vernünftigen jungen Menschen, der der besten und sorgfältigsten Erziehung bedarf. Man bestrafe nicht durch Prügel, sondern durch Einwirkung auf den Verstand.

* Studienreise auf dem Gebiet des Wohnungswesens. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt veranstaltet in der Zeit vom 14. bis 26. September eine Studienreise, die sich mit den wichtigsten Fragen des Wohnungswesens beschäftigen soll, und an der etwa 50 Herren (insbesondere Vertreter von Gemeinden und Staatsbehörden) teilnehmen können. Die Reise beansprucht ein besonderes Interesse um deswillen, weil mit Rücksicht auf die bevorstehende Wohnungsgegesetzgebung die Fragen des Wohnungswesens lebhaft erörtert werden. Die Reise beginnt in Antwerpen und geht über Gent, Brüssel, Lüttich, Köln, Frankfurt a. M., Mannheim, Stuttgart und über nach München. Anmeldungen sind zu richten an die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin W. 50, Augustburger Straße 61.

* Von der Ankauferteilung der Arbeitsgeber aus § 23 des Einkommensteuer-Gesetzes. Herr L. war von der Berliner Steuerbehörde aufgefordert worden, Namen, Wohnung und Einkommen derjenigen bei ihm beschäftigten Personen anzugeben, welche ein Einkommen unter 3000 Mark haben. Zugleich wurde er gebeten, falls er solche Personen nicht beschäftige, dies der Behörde mitzuteilen. Er gab keine Auskunft, weil er derzeit solche Personen, die weniger als 3000 Mark Einkommen hätten, nicht beschäftige. Die Mitteilung, daß er solche Personen nicht beschäftige, unterließ er ebenfalls. Deshalb wurde er wegen Uebertretung des § 23 des Einkommensteuer-Gesetzes angeklagt. Das Landgericht Berlin II sprach ihn jedoch frei. Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Der § 23 begründet die Auskunftspflicht nur mit Bezug auf die Personen, deren Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt. Solche waren nicht beschäftigt. Zu einer negativen Auskunft verpflichtet das Gesetz aber nicht. Angeklagter sei darum mit Recht freigesprochen worden.

* Oberverwaltungsgericht für Angelegenheiten der Reichsfinanzverwaltung. Der Reichsfinanzrat veröffentlichte folgende Bekanntmachung des Reichsfinanzrats: „Für die Angelegenheiten der Reichsfinanzverwaltung ist ein Oberverwaltungsgericht errichtet worden, das seinen Sitz in Berlin hat. Zum Vorsitzenden des Oberverwaltungsgerichts ist der Geheimrevisor des Reichsfinanzrats und vortragende Rat im Reichsamt des Innern Dr. Voss und zu dessen Stellvertreter der Geheimrevisor des Reichsfinanzrats und vortragende Rat im Reichsamt des Innern Dr. Schickel bestellt worden. Die Geschäftsstelle des Oberverwaltungsgerichts befindet sich in Berlin Luisenstraße Nr. 83/84.“

* Erhebungen über die Verbrauchsteuer. Die elektrotechnische Industrie hat sich schon mehrfach an Reichstag und Bundesrat gewendet, mit der Bitte, die Steuer auf Verbrauchsmittel aufzuheben. Wie verlautet, hat die Regierung Erhebungen über die Wirkung dieser Steuer in die Wege geleitet. In eine Befragung der Verbrauchsteuer ist allerdings kaum zu denken, denn die Regierung will nicht auf Steuern verzichten, die ihr einmal bewilligt sind. Die Erhebungen haben offenbar lediglich den Zweck, die Gründe für die Zurückhaltung der Eingaben der elektrotechnischen Industrie zu klären.

* Aus dem Soldatenleben! Das Kriegsgericht in Breslau verurteilte den Wachenmeister der Landwehr, Waldemar Plonitz, früher im Infanterie-Regiment Nr. 1 in Müllitz, seit 1. April 1912 Schumann in Breslau, wegen Verleumdung eines Untergebenen im Dienst zu drei Tagen gelinden Arrests. — Der Rekrut Nils kam zu spät zum Stalddienst und wurde nach seiner eblischen Auslage von dem Wachenmeister dafür ins Gesicht gespuet und geohrfeigt. Der Angeklagte kann nicht mehr sagen, ob er den Mann schlug, auch will er ihn nicht angepöcht, nur vor ihm ausgepöcht haben. Nach Nils Zeugenaussage habe der Wachenmeister den Mann gefragt, ob er ihn meide. N. sagte ja wohl, das lasse ich mir nicht gefallen. N. hat N. ihm nicht die Karriere zu verderben und unglücklich zu machen. Kriegsgerichtsrat Schubez bezeichnet die Handlung als unehrenhaft und beantragt wegen tätlicher Verleumdung drei Wochen gelinden Arrests. Das Kriegsgericht nahm zu Gunsten des Angeklagten an, daß er den Rekruten nicht absichtlich angepöcht, sondern nur vor ihm ausgepöcht habe, wobei Spielchen ins Gesicht flog, ohne Absicht des T. Der Rekrut hatte angegeben, die Ohrfeige hätte ihm nicht geschmerzt, sondern konnte keine Anklage wegen Mißhandlung erhoben werden.

Wie hoch würde wohl die Strafe für den Soldaten ausfallen, wenn er den Wachenmeister „aus Versehen“ ins Gesicht gespuet und geohrfeigt hätte? Es ist doch etwas Schönes um das militärische Recht.

Aus aller Welt.

Das Militärinspektions-Schiff „Schütte-Lanz“ zerbricht.

Wieder hat die deutsche Luftschiffahrt einen schweren Verlust erlitten. Nachdem es sich bisher in der Regel um Unfälle der Zepellinflugzeuge, deren harte Konstruktion bei plötzlichen Einwirkungen Stürmen zu gefährlichen Auslenkungen neigte, so wurde diesmal der Schwerekörper des „ganz neuen“ Systems: das „Schütte-Lanz“-Luftschiff von einem schweren Unglück getroffen, der das Luftschiff völlig demolierte. Seitdem hat das Luftschiff ein unerschütterliches Gefährt, während ein anderes vielmehr schon mit dem Tode droht.

Ueber die Katastrophe ist es noch und folgendes gemeldet: Das Militärinspektions-Schiff „Schütte-Lanz“ wurde auf seiner Fahrt von Königsberg nach Berlin in Scheidewitz niedergehen, und es nachzufallen.

Nach einer anderen Mitteilung soll die Ursache in der Notlandung darin zu suchen sein, daß das Luftschiff unterwegs einen fürchterlichen Sturm zu begegnen hat, der ihm die Antriebskräfte entzogen, jedoch die hängenden Beine für die Insassen der beiden Gondeln eine schwere Gefahr bildeten, da man befürchtete, daß die Luftschiff in die hängenden Propeller hineingerieten, was sehr Folgen nach sich ziehen könnte.

Donnerstag Nachmittag ist es das Luftschiff, das ohne weiteren Schutz auf freies Feld entlassen war, infolge einer plötzlich einsetzenden Stürme. Die Mannschaft des Luftschiffes bestand aus etwa 50 Mann — darunter vergeblich das Luftschiff zu halten, was schließlich auch gelang, indem man die Gondeln griffen war. Das Luftschiff wurde durch den Sturm in die Höhe gehoben und in die Luft geschleudert, wo es in der Höhe zerbrach. Die Insassen der beiden Gondeln wurden durch die Luftschiff in die Höhe geschleudert, wo sie in der Höhe zerbrach. Die Insassen der beiden Gondeln wurden durch die Luftschiff in die Höhe geschleudert, wo sie in der Höhe zerbrach.

den keinen Wäldchen. Es ist total zertrümmert. Es weist an fünf Stellen Brüche auf, zwei Hauptstellen sind gänzlich entzerrt. Das Vorder- und Hinterteil hat sich in die Erde gedrückt. Der mittlere Teil des Luftschiffes schwebt frei in der Luft. Das Schiff gilt als völlig verloren. Es ist dreimal gerettet. 50 Bauern aus Erpel ergriffen unterwegs die Landenden des Luftschiffes und versuchten es an zwei starke Nichten anzubinden. Die Nichten wurden aber von dem Luftschiff herausgerissen und mit in die Luft genommen. Weiter entzündete das Luftschiff auf seinem Wege zahlreiche Bäume und beschädigte die Telefonleitungen.

Das Luftschiff „Schütte-Lanz“ ist nach dem starren System von dem Professor Johann Schütte von der Technischen Hochschule in Danzig konstruiert und in den Jahren 1909 bis 1911 in den Werkstätten der Firma Lang in Rheinau bei Mannheim erbaut worden. Es ist 192 Meter lang und hat einen Durchmesser von 18 Meter, sowie einen Inhalt von 20.000 Kubikmeter. Das innere Gerüst besteht aus Stahl, aber sehr viel Holz, das durch starke Spanndrähte zusammengehalten wird. Der Ballon hat zwei Gondeln, die im Gegensatz zu den Zepellinflugzeugen an Drahtseilen aufgehängt sind. Die beiden 8 Hüllender-Motoren haben zusammen 650 Pferdestärke. Der erste Aufstieg fand am 17. Oktober 1911 statt. Nach weiteren gelungenen Flügen wurde der Schütte-Lanz-Ballon am 26. Juli 1912 von der Militärverwaltung übernommen. Er hat etwa 500.000 Mark gekostet.

Die Leiden des Torpedoboots „S. 178“.

Das Wilhelmshafen wird gemeldet: Am Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr fanden sich auf der West- bei Bod 4 der Torpedoboots der Reichsmarine beim Wied des Torpedoboots „S. 178“ ein: der kaiserliche Oberverwaltungsrat, die Reichsmarine und Bergungsunternehmen von der kaiserlichen Reichsmarine. Nachdem das Boot ausgepöcht worden war, wurde das Oberbe des Boots geoffen, wobei die Mannschaften in das Boot hineinstiegen, um die Leichen zu bergen. Dies waren völlig unkenntlich; sie wurden, nachdem man sie mit Wasser bespritzt hatte, in Säure gelegt und auf dem Seegrunde zur Ruhe gelassen. Die Leichen am 10. 11. 1912 waren die von...

Es sind bis jetzt aus dem Boot im ganzen 16 Leichen geborgen worden. Es wurden 2000 Mann als Helfer Wilhelm Becker, Oberheizer Eiser, Oberheizer Fischer, Obermaschinenmaat Gent, Oberheizer Gerbold, Oberheizer Gille, Maschinenmaatwarter Gohapfel, Heizer Ketten, Oberheizer Ogrobolzig, Heizer Offe, Oberheizer Ralck, Heizer Schwarz, Maschinenmaat Schröder, Maschinenmaat Stoffers, Heizer Zivert. Eine Leiche konnte nicht rekonstruiert werden.

Ein Kavallerieoffizier als Stillschlepper. Aus Rom wird berichtet: Ein Leutnant vom 8. Kavallerieregiment, das in Piacenza steht, ist unter der Anklage verhaftet worden, an einem zwölfköpfigen Knaben ein Stillschlepper zu verüben befangen zu haben. Die Verhaftung erfolgte auf eine Anzeige der Eltern des Kindes, die es von einem Arzt hatten unterziehen lassen. Schauplatz der Tat war die Kaserne des 26. Infanterieregiments, und zwar der Lawn-Tennis-Spielplatz gewesen, den die lokalen Militärbehörden auf dem zur Kaserne gehörenden Grund und Boden eingeweiht für nötig befunden haben. Der Spielplatz, auf dem derartige Dinge vorzunehmen, wird von den Soldaten übrigens als eine beständige Störung ihrer Nachtruhe beklagt, da die Herren Offiziere spielen, während die Soldaten das Recht hätten, sich auszuschlafen.

Zwei Kinder in der Sandgrube erstickt. Am Strand der Insel Juss sind zwei Kinder in einer Sandgrube verschüttet worden. Die beiden Kinder des Inselbesizers S. S. S., ein Knabe von 10 und ein Mädchen von 8 Jahren, spielten in den Dünen in einer selbstgegrubenen Sandgrube. Der Sand stürzte nach und nach verschüttete die Kinder, die erst heute als Leichen geborgen wurden.

Wier Personen durch Donnerstag verstorben. In Delberg sind in der Nacht zum Donnerstag vier Mitglieder einer Familie freiwillig in den Tod gegangen. Wie gemeldet wird, wurde dort die aus vier Personen bestehende Familie des Kadetenschulemeisters Mayer Bernsheimers im Jahre 1911. Der 70jährige Mayer Bernsheimer, seine 64 Jahre alte Frau, eine 50jährige Tochter und eine 40 Jahre alte Erbin hatten sich mit Gift vergiftet. Die Leichen lagen entleert in den Betten und auf einer Chaiselongue. Wie aus einem an die Staatsanwaltschaft gerichteten Schreiben hervorgeht, sollen finanzielle Sorgen und Krankheit des Familienoberhauptes die Ursache zum Selbstmord gewesen sein. Bernsheimer war langjähriger Stadtmagister.

Zahlreiche Brände.

Auf die gestrige Feuerwehr brachte der gestrige Nachmittags sowie die vergangene Nacht viel Arbeit. Sie sollte fast ohne Unterbrechung von der einen Brandstelle nach der anderen; ja sie mußte sogar an zwei Stellen zu gleicher Zeit tätig sein. Es handelte sich nicht etwa immer um unbedeutende Stubenbrände, die in wenigen Augenblicken mit der Eimerspritze gelöscht werden konnten, es waren vielmehr zum Teil größere Fabrikbrände, die die Hilfe der Wehr beanspruchten. So hatte die Feuerwehr zunächst am 16. d. Mts. abends kurz vor 8 1/2 Uhr in dem Hause Vorwerkstraße 78 einen Stubenbrand zu löschen, was in wenigen Minuten mit der Eimerspritze gelang. — Am Donnerstag nachmittags kurz nach 4 1/2 Uhr wurde die Wehr nach Rebenstraße 12 gerufen. Hier war in dem Wehrschuppen der im Hofe befindlichen Pulverfabrikationsanstalt eine Menge Schwefel anfeuchtend infolge Selbstentzündung in Brand geraten, der bereits vor Ankunft der Wehr gelöscht werden konnte. — Abends kurz vor 8 1/2 Uhr erfolgte die Wehr nach Verlinstraße 12, wo in der dort befindlichen Verzinnelei ein Brand entzündet war, der in kurzer Frist mit der Eimerspritze gelöscht werden konnte.

Kurz nach 9 Uhr erfolgte ein Alarm nach Friedrichstraße 13. Hier befindet sich im ersten Stock eines Hofgebäudes eine Kaffeeagenzfabrik, in der ein Brand entzündet war, der bereits großen Umfang angenommen hatte. Beim Eintreffen der Wehr schlugen die Flammen bereits zu den gedachten Fenstern in den Hof hinaus und der Hof war fast verqualmt. Die Wehr führte sofort zwei von der Motorspritze gespeiste Schlauchgänge nach dem Brandherd. Da sich das Feuer hauptsächlich durch einen Lichtschacht weiter zu verbreiten begann, wurden noch zwei weitere Schlauchstellungen vorgeordnet, und so gelang es, in etwa einer Stunde die Gewalt des Flammen zu brechen. Die Kaffeeagenzfabriken, sowie das Hofgebäude im Hof, die die Wehrmannschaft noch über zwei Stunden in Anspruch. Da bei dem betroffenen Gebäude eine Seitenwand einzustürzen drohte, mußte die Nacht über eine Brandwache dort belassen werden. Durch eine herabfallende Tischschraube wurde hier ein Mann ziemlich schwer im Gesicht verletzt. Während die Wehr noch hier tätig war, erfolgte ein Alarm nach Ohlauer Straße 35; sie kam aber bald wieder abzurufen, da nur ein leichtgedrückter Rauch Anlaß zu ihrer Alarmierung gegeben hatte. — Um 1 1/2 Uhr nachts erfolgte die Feuerwehr nach Gabelstraße 117. Hier war in einem im Hofe befindlichen Schuppen ein Brand entzündet, der mit einem Schlauchgang in kurzer Frist gelöscht werden konnte.

Selbstmord verübte am Donnerstag nachmittags gegen 5 Uhr ein unbekannter junger Mann, indem er hinter der Paaschener Brauerei in der Ohle sprang. Der Fluß hat dort eine bedeutende Tiefe, sodaß der Scheitler des Schwimmens unkundige Mann in den Wellen unterging. Die herbeigerufene Feuerwehr vermochte nur noch die Leiche zu bergen.

Stilles ausgefunden wurde am 16. d. Mts. vormittags auf der Kirchhofstraße ein Arbeiter, der dort infolge Ausgleitens so unglücklich zu Fall gekommen war, daß er eine schwere Kopfverletzung erlitt. Herbeigerufene Samariter der Feuerwehr legten dem Verunglückten einen Notverband an und schafften ihn sodann mittels ihres Krankenwagens nach dem Altherbstgenhospitals.

Wirtshausfreit. In einem Schanklokal auf der Sternstraße gerieten am 14. d. Mts. abends drei Männer in Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Die Schlägerei setzte sich schließlich auf der Straße fort, wobei ein Arbeiter von der Bismarckstraße von den zwei Gegnern in rohester Weise mit dem Messer bearbeitet worden ist. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er in die Klinik gebracht werden mußte.

Großer Einbruchdiebstahl. Am 16. d. Mts. gegen 9 Uhr abends sind Diebe in eine Bodenkammer des Hauses Kaiser Wilhelmstraße 11 eingedrungen, indem sie das Schloß gewaltsam herausrißen. Sodann erkrachten und durchwühlten sie sämtliche Koffer und Kisten, aus denen sie ein dunkelblaues Kostüm mit Velgefaß, eine Pelzjacke mit Weißschwan, zwei Abendmäntel, Vorhänge, Stores und verschiedene andere Gegenstände entwendeten, worauf sie unerkannt verschwanden.

Pischdiebstahl. In einer der letzten Nächte ist von einem Fiß, die in der Ober zwischen Universitäts- und Werderbrücke liegen, ein Fischkasten mit Schleiern im Werte von etwa 100 Mk. gestohlen worden.

Diebstahl. Aus einem Laden auf der Friedrich-Wilhelmstraße ist eine goldene Damenuhrkette, ein Koffer und verschiedene andere Sachen im Gesamtwerte von 109 Mk. gestohlen worden. — Von einem Altwarenlager an der Straße Bauer Chauffee ist am 14. d. Mts. eine Kiste mit kupfernen Lampenteilen und einer Wärmehülle gestohlen worden. — In einem auf dem hiesigen Hauptbahnhof einlaufenden Zuge ist aus einem Wagonabteil 4 Kisten im Werte von 200 Mk. gestohlen worden. — Aus dem Kellerraum der Brodmanufaktur in dem Grundstück Mauritzstraße 6 sind in der Nacht zum 15. d. Mts. eine Menge aller Kleidungsstücke gestohlen worden.

ausgebildeten Leute sind ununterbrochen in Rauchhelmen am Brandherd tätig, um diesen abzukämpfen, was aber bisher nicht gelang. Die Arbeiter der betreffenden Reviere sind in ungefährender Reviere untergebracht.

Der 13-jährige Stiefbruder als Mörder. Ein seit Mittwoch abend vermißtes achtjähriges Mädchen ist am Donnerstag morgen in einem Kornfelde in der Nähe des Dorfes Waarenbrück bei Kolibus ermordet aufgefunden worden. Die Leiche weist zahlreiche Stiche in der Brust und im Gesicht auf. Die Schädellebe ist durch Artgenossen zertrümmert. Der Tatverdächtige ist ihr 13-jähriger Stiefbruder Richard, der Sohn des Schuhmachermeisters Paenschen in Waarenbrück. Er hat die Tat ausgeführt, während die Eltern auf dem Felde mit Erntearbeiten beschäftigt waren. Der Junge, der hartnäckig leugnet, wurde ins Gerichtsgefängnis Weiß eingeliefert.

Wanderer eines Fingerringes geübt. In Brandenburg (Davel) wurde bei der Verbrennung eines Militärs Dopoldecker auf dem Neuenborger Exerzierplatze bei Brandenburg ein kleines Mädchen von dem Wanderer erschlagen und so schwer verletzt, daß es bald darauf starb.

Ein Militärflieger mit seinem Aeroplane abgestürzt. Major Hamilton stürzte Donnerstag früh auf der Ebene von Salisbury (England) mit seinem Eindecker aus hundert Fuß Höhe ab. Die Maschine explodierte und Hamilton wurde augenblicklich getötet. Der Eindecker und die Leiche verbrannten zu Asche.

Kleine Stollgen.

Wirkstoffe der Technik. Eine Korrespondenz teilt mit, daß die am 12. Juli mit Graf Adras hochfrequenzmächte in Amerika begonnenen Versuche ein überraschendes Resultat ergaben. Es gelang mit einem Kraftaufwand von nur 6 Kilowatt zwei Telephonme in 28 Worten von Amerika nach Spanien zu übermitteln, während bei den in letzter Zeit in Deutschland angestellten Versuchen mehr als 100 Kilowatt notwendig waren, um Zeichen nach Amerika zu senden.

Opfer des Meeres. Eine vom britischen Kanalsamt herangezogene Statistik gibt einen trüblichen Überblick über die Opfer an Menschenleben, die das Meer im letzten Schiffahrtsjahre von der britischen Handelsmarine und ihren Postgelehrten gefordert hat. In der Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 30. Juni 1912 fanden im Verlauf von Reisen auf britischen Schiffen nicht weniger als 2890 Menschen den Tod, gegenüber 270 im Jahre vorher. Das gewaltige Anwachsen der Unglücksfälle wurde durch die Atlantik-Katastrophen hervorgerufen. Der letzte wurde im letzten Schiffahrtsjahre den

Sanktener Schlepddampfer? Heute früh gegen 8 Uhr ist der Schlepddampfer „Friedrich Wilhelm“, des Eigentümers Weinholt aus Breslau, der in der Ohle-Mündung lag, untergegangen. Die Feuerwehr, die zur Hilfe herbeigerufen wurde, kam zu spät. Gegerwärtig sind Taucher beschäftigt, um die Ursache des Sinkens festzustellen und die Bergungszubehör vorzubereiten. Der Dampfer hat eine Länge von über 40 Metern, seine Maschinen haben 150 Pferdekräfte. Der Dampfer hatte Schlepplüge zwischen Breslau und Cosel geführt.

Ueber die Ursachen des Unterganges wird angenommen, daß er bei seiner Einfahrt auf einen Stein gestoßen und ein Loch bekommen habe. Von anderer Seite nimmt man an, daß ein Ventil zu schließen vergessen worden sei und sich der Dampfer dadurch mit Wasser gefüllt habe.

Glückstränkung des Hausierhandels. Die Beschränkungen, denen der Hausierhandel schon jetzt unterliegt, sollen eine weitere Ausdehnung erfahren. Dem Reichstag soll nämlich im Herbst eine Novelle zugehen, wonach das Hanserverbot auf den Handel mit Gemüse- und Blumenlämmeren, Rohbernstein und Pfandstücke ausgedehnt wird. Besonders der Handel mit Pfandstücken soll zu erheblichen Ungünstigkeiten geführt haben.

Fahrradmarder. Trozdem es der hiesigen Kriminalmarde in den letzten Tagen gelungen ist, mehrere Fahrradmarder in Haft zu nehmen, treten immer neue auf und die Fahrradliebhaber nehmen daher kein Ende. So konnte am 16. d. Mts. der 23 Jahre alte Arbeiter Alfred Becker wegen Fahrraddiebstahls festgehalten werden. Er wurde dabei erwischt, wie er aus dem Fahrradhändler der Marktstraße in einem Hausdiener von der Fürstenstraße gehöriges Fahrrad im Werte von 180 Mk. entwendete wollte. Als er erwischt und zur Rade gestellt wurde, gab er an, das Rad nur mit dem feinsten verwechselt zu haben, obwohl das angeblich feine nicht aufzufinden war. Becker, der sich zuletzt aber hier wohnungslos aufhielt, war schon ein halbes Jahr lang ohne Stellung. Trozdem ging er aber stets elegant gekleidet; so trug er beispielsweise schwarzes Jackett, elegante Hose, schwarze Schuhe mit grauem Stiefledereinfaß oder auch schwarze Lackschuhe und schwarzen Stiefel Put oder Wägel. Zweifellos hat Becker eine ganze Menge von Fahrrädern, so besonders in der Schelmiger- und Obervorstadt gestohlen und hier oder in der Umgegend von Breslau verkauft. Alle diejenigen Personen, die von Becker Fahrräder oder Fahrradteile gekauft oder in Verwahrung genommen haben, werden ersucht, sich umgehend im Zimmer 61 des Polizeipräsidiums zu melden, um nicht in den Verdacht der Pecherei zu kommen.

Aus Breslau (Land) Neumarkt.

Gräßliche Landstrich 10. Am Schluß v. Mts. hat der Kassierer vom Bezirk 2, Gräßchen, 30 Stück Beitragsmarken zu 40 Pf. verzioren. Dem Finder legt die Distriktsleitung eine Belohnung aus. Auf Grund dieses Vorkommnisses hat nun jedes Mitglied bei seinem Kassierer Marken zu entnehmen, um eine Kontrolle anstellen zu können.

Aug. Schönfeld, Distriktsführer.

Diebstahl. Diebstahl. Es sind kaum 14 Tage, seit dem letzten Diebstahl in Ostaschir vergangen, und schon wieder hatten die Diebe unsern Dorfe Besuch abgestattet. In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch hatten sie vier hiesigen Arbeitern im ganzen 13 Stück große Kaninchen und 3 Gänse gestohlen, diese in einem Getreidefeld abgeschlachtet und mit einem 2 rädigen Wagen weggeführt. Auch bei einem Schmiedemeister haben sie Werkzeug im Werte von ungefähr 50 Mark gestohlen, das sie jedenfalls vorher bei den Kaninchen-Diebstählen gebraucht haben. Beim Gen. Wacht und Decke haben sie aus einer großen Zahl nur je eins gestohlen. Troz sofortiger Nachforschung fehlt von den Dieben jede Spur.

Parteiangelegenheiten.

Mauernbrechers Austritt aus der Partei. Die Mannheimer „Volkstimme“ veröffentlicht eine Zuschrift des Herrn Dr. Max Mauernbrecher und seiner Frau Guida an den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereines Mannheim, in dem beide ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklären. Dieser Schritt wird begründet mit der Stellung der beiden zu den militärischen und außerpolitischen Fragen, die bekanntlich seit Jahren schon nicht mehr mit derjenigen der sozialdemokratischen Partei übereinstimmen. Durch die grundsätzliche und einseitige Ablehnung der „erochemachenden“ jüngsten Deeresvorlage seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sei die Haltung der Partei in militärischen Fragen nunmehr auf Jahrzehnte hinaus festgelegt, und nach der Behandlung des Falles Silbebrandt auf dem letzten Parteitag sei eine Weiterbildung der grundsätzlichen Begriffe ihres Programms ausgeschlossen. Dieser Austritt solle jedoch keine Abänderung der Gedanken der beiden Auszutretenden bedeuten; sie würden vielmehr auch weiterhin Sozialisten bleiben in dem Sinne, daß sie alle auf dem Wege der Organisierung und Weiterentwicklung der Menschheit liegenden Ziele fördern. Im Gegenteil glaubten sie für diese Ziele positiv mehr leisten zu können, wenn sie einerseits von der Arbeiterkassiererei mehr mit Mithrauen behandelt und andererseits von den außerhalb der Partei stehenden nicht mehr für die Haltung der Partei in militärischen und außerpolitischen Fragen verantwortlich gemacht würden. Die Austrittserklärung sei abschließend bis heute hinausgeschoben worden, um der Partei, solange sie im Kampfe gegen die Vorlagen stand, keine Schwierigkeiten zu bereiten. Jetzt aber, wo die Session des Reichstags vorüber ist, die ersten Nachwahlen zu ihm für die sozialdemokratische Partei günstig ausgefallen seien und sie augenblicklich eine „große Stellung“ habe, hätten die Auszutretenden geglaubt, die Rücksicht nicht weiter über zu stellen.

Wir glauben, daß nach der Entwicklung der letzten Jahre mit dieser Entschcheidung des Mauernbrecher'schen Ehepaars, beiden Teilen, der Partei und den Auszutretenden, am besten gedient ist. An persönlicher Achtung haben die beiden Geschiedenen nichts ein — aber Sozialdemokraten im Sinne der deutschen Sozialdemokratie sind sie nicht, aber doch nicht mehr. Es ist gut, daß sie selbst das erkannt und die nötigen Folgen daraus gezogen haben.

Der beleidigte Kriegsminister. Die „Völkische Zeitung“ hatte in einem am 21. April erschienenen Artikel den damaligen Kriegsminister v. Beckingen etwas scharf kritisiert. Der Kriegsminister fühlte sich beleidigt und stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Strafantrag mit dem Erfolge, daß der Pressränder zu 50 Mark Strafe verurteilt wurde.

Sport- und Körperpflege.

Der Wert der Zentralisation für Sport und Geselligkeit. Welchen Sportler hat die Eröffnung des Deutschen Stadions im Brunerstraße das Herz nicht höher schlagen lassen? und welchen Arbeiter nicht auch die Eröffnung der Arbeiter-Turnhalle in der Gärtnerei? Beide sind zweifellos Werte, geeignet das Interesse am Sport zu heben und zu pflegen, nur mit dem Unterschiede, daß im Stadions die oberen Schichten und in Gärtnerei das proletarische Volk, werden sie gewiß keinen Menschen, selbst den reichhaltigen Gegner den Eintritt und die Mitbenutzung nicht verweigern. Für das Stadion im Brunerstraße ist dies jedoch kaum anzunehmen, da ja dort die hohen Proletarier verbleiben werden, wenn auch einige Arbeiter sich erlauben, dort zu sein, und doch ist das Stadion der Arbeiter und Arbeiterinnen Klassenangehörigen immer noch in der Regel zu verschließen.

daß einen demokratischen, einen christlichen, oder einen Arbeitersport, sozialdemokratischen Sport nicht gibt. Wir können ja auch keinen Unterschied in unseren Übungen machen, sie sind alle nur in ihrem Endzweck verschieden. Während aber dort bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit Melodien erklingen gemacht werden, die sich schließlich bei den Ausübenden in späterem Alter durch vorzeitigen Kräfteverfall rächen, gilt in Arbeiterkreisen ein systematisches Training, die Kräfte zu verbessern und hoch zu halten. Der Arbeiter will mit seinem Sport nur die einseitigen täglichen Annehmlichkeiten der Arbeiter ausgleichen und den Körper widerstandsfähig erhalten, dort sind es wohlhabende Männer und der Staat, der das Interesse mit Mägen aller Art entfacht; hier verzichten die Arbeiter auf den Klimbim allmählich, für sie bedeutet die Gesunderhaltung des Körpers für den Wohlstand der höchsten Preis, den zu erringen sie bestrebt sind. Der Gewerkschafter, der heute noch in anderen als zentralorganisierten Arbeiterportvereinen sich aufhält, ist kein Klassenbewußter Mann, der hier ein bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit seinen Berufskollegen kämpft und dort mit den bekämpften Unternehmern im Verein ist oder deren Ehrenpreise zu erringen sucht, wie wir das auch jetzt wieder bei den sportlichen Arrangements der Jahreshunderfester zu sehen bekommen, der weiß nicht was er will, der belügt sich selbst. Die Arbeiterportvereine erstreben den Einheitsbund um die Lasten gleichmäßig zu verteilen, die nötig sind, das Übungsgerät zu erhalten und zu erwerben. Je größer der Verein, desto mehr kann er nach dieser Richtung hin leisten. Für den Einzelnen kann noch hinzu, daß er in einem großen Verein weit mehr Gelegenheit hat, seine Übungen zu seinem Nutzen zu gestalten, als in einem kleinen Kreis. Die Arbeiterportverbände aber sammeln auch noch die Kaufkraft ihrer Mitglieder, sie lassen ihre Waren nur in tariflich geregelten Betrieben und Bahnen somit der weiteren Einführung des Tarifs den Weg.

Der Sportbetrieb ist notwendig, um in der heutigen Zeit den Menschen leistungsfähig zu erhalten. Weiter ist die Zentralisation notwendig, um den Arbeitern eine vorbildliche Ausübung des Sportes zu gewährleisten. Nur die Zentralisation, die Verwirklichung des genossenschaftlichen Gedankens auch auf sportlichen Gebieten bringen die Allgemeinbewegung vorwärts. Wenn heute alle Gewerkschafter aus den bürgerlichen Sportvereinen austreten, dann müssen die Turner z. B. die städtischen Hallen bekommen, weil ja dann dieselben fast leer wären. Und geht den Fall, sie würden auch dann nicht zu erringen sein, der großen Masse der Sportler würde es dann nicht schwer fallen, selbst die Mittel auszubringen, um sich eigene Räume zu schaffen. Darum ihr Gewerkschafter, ihr Klassengenossen, heraus aus den bürgerlichen Vereinen und hinein in die Ortsvereine der modernen Arbeiterportorganisationen, schafft ein ganzes Werk und seid ganze Menschen, nicht Zwittler, die Schuld trägt ihr allein daran, daß es nicht schnell genug vorwärts geht. Weg mit allen persönlichen Vorurteilen, arbeitet mit uns und erwerbt euren Anteil an der großen Sache. Seid konsequent und laßt Euch nicht länger gängeln von den großen Schiebern, denen ihr nur, soweit ihr als Sportler in Frage kommt, eine mehr oder weniger schöne Unterhaltung sein dürft. Aber auch die Nichtsportler sollen uns unterstützen und alle gegnerischen Feste und Veranstaltungen meiden, dann wirds auch bei den Sportlern nicht werden.

Von Arbeiter-Athleten-Bund. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen erucht: Auch unter den Athleten beginnt sich die Zentralisation durchzusetzen. Am Mittwoch den 16. d. Mts. hat sich der seit 1905 bestehende Athleten-Club „Alber“ Subenstr. 113 als 2. Abteilung dem Arbeiter-Athleten-Verein Breslau angeschlossen. Zur Verhandlung über die Einverleibung des Übungsgerätes wurde eine Kommission eingesetzt, die wahrscheinlich eine befriedigende Lösung zeitigen wird. Hoffentlich folgen diesem Beispiel nun bald anderen noch unorganisiert marschierenden Athleten-Vereine Breslaus. Die 3. Abteilung ist im obigen Lokal weiter. „Frei Kraft-Teil“ den neuen Bundesgenossen.

Neueste Nachrichten.

Der neue Balkankrieg.

Wien, 18. Juli. Die Friedensverhandlungen zwischen Bulgarien und Rumänien dürften schon in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen. Als Friedensunterhändler ist der seit mehreren Wochen in Wien lebende ehemalige bulgarische Ministerpräsident Gschow von Wien nach Bukarest abgefand worden, der heute eintraf.

Wien, 18. Juli. Wie verlautet, haben die Mächte durch die Reichsregierung in Konstantinopel Vorstellungen gegen den weiteren Vormarsch der türkischen Truppen erhoben. — Nach Konstantinopeler Meldungen scheint es, daß die Truppen einfach, ohne weitere Instruktionen abzuweichen, vorrückten. Die jugoslavischen Blätter erklären, die Truppen würden den nationalen Feiertag am 18. d. Mts. in Adrianopel begehen. Die Türkei stärkt ihren Anspruch der Mächte.

Bukarest, 18. Juli. Eine Privatmeldung des „Universul“ besagt, daß die Rumänen und Serben auf Sofia 1934 marschieren. Der König von Bulgarien sei entschlossen, Sofia zu verlassen und sich nach Philippopol zu begeben.

Belgrad, 18. Juli. Ähnlich wie die gestern erfolgte Einnahme der wichtigen Stellung Jull-Kamit, südwestlich von Rastendiel, bestätigt. Ein Versuch der Bulgaren, bei Wlassina wieder Fuß zu fassen, scheiterte.

Der Brand auf der Schwefelmine.

Wie jetzt 40 Tote geborgen. Rom, 18. Juli. Bei dem Brande der sizilianischen Schwefelmine haben bis gestern abend 40 Tote geborgen werden können. Die Mine wurde vollständig geschlossen. Bei dem Brande sind viele Bergleute in den Schwefelkämpen erstickt, andere sind im Gefolge umgekommen. Es haben sich jedoch einige Augenzeugen ausgesprochen. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Reichstageswahl.

Berlin, 18. Juli. Der Termin der Reichstageswahl in Magdeburg ist auf den 18. August angelegt worden. Konservativer Kandidat ist Vandenbruggen, sozialdemokratischer Kandidat ist Göttschall. Die Aufstellung des nationalen liberalen Kandidaten erfolgt am Sonnabend.

Stettin Nachrichten.

Stettin, 18. Juli. Im Präsidium der Stettiner Eisenbahn-Direktion fand gestern Nachmittag eine nochmalige Verhandlung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Die Besprechung förderte keinen Erfolg zutage.

Dresden, 18. Juli. In dem englischen Dafenort Juli sind 6000 Dafenarbeiter in den Aufstand getreten.

Dresden, 18. Juli. Der Dafenarbeiter Paul Grosse wurde verurteilt. Der Dafenarbeiter Paul Grosse, der sich gegenwärtig in Gefangenschaft befindet, wurde am 17. Juli wegen eines Verstoßes gegen die Dafenordnung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Der Dafenarbeiter Paul Grosse hat sich in der letzten Zeit sehr unruhig verhalten und hat sich gegen die Dafenordnung verstoßen.

Stores
Gardinen
Julius Fein
Kissling
Breslau
Junkerstr. 144

Triumph
"Lito"
Beste Marken zu geringsten Preisen.
Beste Räder von 15 bis 20 l. an.
Reparaturen schnell und preiswert. Welt-
bekannte Garantie. Reklamation gestattet.
Tschepiner Fahrradhaus
Girgenauerstr. 13. 12188
Friedrich-Wilhelmstr. 106.

Sie schwören
auf unsere Reellität und billigen Preise
Anzüge gute Stoffe nur 10 M., nach Mass eleg. 18 M
Anzugfabrik, Wallstr. 17a, 1.

Masurs 660 H. u. D. Stiefel sind Gut Und Schön!
Verkaufsstelle: Schmaldebrücke 57, an der Kupferschmaldestrasse. 4048

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
Museumplatz 4

Original-Phönix-
Nähmaschinen
für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die
besten der Gegenwart, zum Ausfu-
hren besonders geeignet. — Inspe-
riert und empfohlen wie alle anderen
Systeme, auch in Spezialmaschinen
Jul. Dressler & Co.
Breslau, Ring 6.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Josef Günther
Fahrradschlossermstr.
Friedrich-Wilhelmstr. 2,
früher Gr. Grosseingasse 14.
Brennabor- u. Gritzner-Fahrräder
Erstklassige Qualitätsmarken. 12713
Sämtliche Zubehör- und Ersatzteile.
Best eingerichtete Reparaturwerkstatt für alle Systeme.

Haus- u. Küchengeräte sowie kompl.
Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer,
Zimmerer und Tischler
kaufen Sie reell und billig bei
Paul Hanschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
102 Friedrich-Wilhelmstr. 102.

4598
Anzüge, Hosen, Bettbezüge,
Hemden, Kragen, Blusen, Kollerns, etc.
Killing Str. 8567
Reihhaus, Altbüßerstraße 17 I.

Sanitätsartikel
Bruchbänder, Leibbinden,
Gradhalter f. Schlafwachende
W. Fritz, Rauschstr. 36.
8341

Weiche ein
mit
Henkel's
Bleich-Soda.
10084/2

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Oberschlesischer
Industrie-Bezirk.

Beuthen O.-S.
Alkoholfreie Getränke, Bierverlag.
Ernt, Verbräu, etc.
Monopol-Pils
Brauereien.
Eisen- und Spielwaren, Haus-
und Küchengeräte.
Eitel, Fritz, Steinwegstr. 9. (Rindweg.)
Zigarren.
Fleiss, Jol., Schützenstr. 10 (Gig. Fabr.).

Kattowitz.
Bierbrauerei und Verleger.
Niederlage „Monopol-Pils“
Hans- und Küchengeräte.
Schwarz, Karl, Ring 4. (Eitelmann).
Fahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen
Kerker, G., Grundmannstr. 54, Mühlstr.

Königshütte O.-S.
Herren-Garderobe und Bekleidung.
„Der Arbeiterfreund“, Kronprinzenstr. 47.
Möbel und Schuhwaren.
Schulz, Adolf, Ringstr. 3. (Grossschiffstr.)

Ratibor.
Bierbrauereien.
Herrn- u. Knaben-Garderobe.
Lebensmittel- u. Fortverhandlung.
Möbel und Schuhwaren.

Zaborze-Zabrzo
Manufakturwaren, Herren-Konfektion.
Eber, G. Jr., Salzer Str.

Brieg
Alkoholfreie Getränke.
Arbeiter-Konfektion.
Bäckereien und Konditorien.

Bunzlau
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Schuhwaren.
Sattelmacherei.

Glogau
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Gorkau
Brauereien.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Jauer
Arbeitergard., Schuhw. u. Möbellag.
Fahrräder.
Herrn- und Damenkonfektion.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Kinderwagen, Reiseschritte, Leiterwagen.
Photogr. Atelier u. Vergrößerungen.
Restaurations.

Wohl, Eugen,
Herrngard., Schuhwaren, Möbel.
Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Kaufhäuser.
Kinematograph.

Gross-Leubusch
Schuhwaren und Schuhmacher.
Sattelmacherei.

Maltach a. O.
Herren- und Arbeitergarderobe.
Neumarkt

Ohlau
Bier-Brauereien.
Bürgerliche Brauhaus, Ohlau.

Bunzlau
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Schuhwaren.
Sattelmacherei.

Glogau
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Gorkau
Brauereien.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Görlitz
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Leisnig
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Leisnig
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Leisnig
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Leisnig
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Fahrräder und Nähmaschinen.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Peisterwitz
Bäckerei.
Kolonialw., Drogen-, Fahrradhandl.
Qualkau

Rotlirben
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.
Gemischtwaren.

Saarau
Herren- und Arbeitergarderobe.
Kolonial- und Eisenwaren.
Pois-, Weiss- und Wollwaren.

Stoberau
Fleischer u. Wurstfabrik.

Ströbel-Zobten.
Fleischer u. Wurstfabrik.
Uhren, Gold- u. Silberwaren.

Strehlen
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kinematographen.
Restaurations.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Peisterwitz
Bäckerei.
Kolonialw., Drogen-, Fahrradhandl.
Qualkau

Rotlirben
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.
Gemischtwaren.

Saarau
Herren- und Arbeitergarderobe.
Kolonial- und Eisenwaren.
Pois-, Weiss- und Wollwaren.

Stoberau
Fleischer u. Wurstfabrik.

Ströbel-Zobten.
Fleischer u. Wurstfabrik.
Uhren, Gold- u. Silberwaren.

Strehlen
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kinematographen.
Restaurations.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Nähere Umgebung
Breslau.

Cosel.
Bäckerei.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Dtsch.-Lissa-Stabelwitz
Bäckereien.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Klose, Friedr.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Saarau
Herren- und Arbeitergarderobe.
Kolonial- und Eisenwaren.
Pois-, Weiss- und Wollwaren.

Stoberau
Fleischer u. Wurstfabrik.

Ströbel-Zobten.
Fleischer u. Wurstfabrik.
Uhren, Gold- u. Silberwaren.

Strehlen
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kinematographen.
Restaurations.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Lokale an der Oder.
Restaurations.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Gr.-Mochbern-Schmaldefeld
Bäckerei und Konditorei.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Ki.-Mochbern.
Restaurations.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Neukirch - Maria-Höfchen.
Restaurations.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Oitaschin
Fleischer u. Wurstfabrik.

Opperau
Restaurations.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Rosenthal-Carlowitz
Fleischer u. Wurstfabrik.

Schottwitz-Friedewalde
Restaurations.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Schwotzsch
Kolonial- und Gemischtwaren.

Gross-Tschansch.
Restaurations.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Reichsadler
Fleischer u. Wurstfabrik.

Klein-Tschansch.
Bäckerei.
Fleischer u. Wurstfabrik.

Reichsadler
Fleischer u. Wurstfabrik.

Ein Schlag gegen die deutsche Agrarpolitik.

Als 1902 der Wuchertarif im Reichstag beraten und die Viehzölle auf eine geradezu verrückte Höhe geschraubt wurden, behaupteten die Regierungsvertreter, daß man mit den Zöllen die Viehzucht soweit heben wolle, daß Deutschland seinen Fleischbedarf selbst deckt. Es wurde zugegeben, daß wir auf Zufuhren von Getreide angewiesen seien, aber unsere Viehzucht sei leicht so weit zu steigern, daß der Bedarf gedeckt werde. Die Steigerung werde eintreten, sobald das fremde Vieh vom deutschen Markt ferngehalten werde. Unsere Genossen behaupteten das Gegenteil. Sie sagten, daß man den Viehstapel steigern könne, wenn man keine Getreidezölle habe und derjenige, der sich Futtermittel kaufen muß, auch mit Nutzen Viehhaltung treiben kann. 1906 ist der Wuchertarif in Kraft getreten. 1907 und 1912 fanden Viehzählungen statt und die Resultate dieser beiden Zählungen zeigen, wie die Wuchertarife gewirkt haben. Es wurden gezählt:

	1907	1912	Prozent
Rindvieh	20 630 544	20 158 738	- 417 806
Schafe	29 148 532	21 995 073	- 261 459
Schafe	7 703 710	5 787 848	- 1 915 862
Ziegen	3 633 970	3 393 971	- 149 999

Rechnet man es auf Großvieh um, wobei 1 Rind = 4 Schweine = 10 Schafe = 12 Ziegen gerechnet wird, dann hatten wir 1907 einen Viehstapel von 27 232 042 Stück Großvieh. Fünf Jahre Wirkung des Wuchertarifes brachte statt einer Steigerung einen Rückgang auf 26 490 787 Stück Großvieh, also um 2,7 Prozent und das in einer Zeit, in der die Bevölkerung um mehr als 9 Prozent wuchs. Nun werden aber die Herren Posadowsky, Gerold, Pobiedski, Hahn, Wangenheim und Genossen sagen, daß der Rückgang noch schlimmer geworden wäre, wenn wir die Zölle nicht gehabt hätten. Sie würden wahrscheinlich behaupten, daß in Freihandelsländern der Rückgang noch größer ist, wenn diese nicht auch Viehzählungen hätten. Vergleicht man aber die beiden letzten Zählungen der Freihandelsstaaten, dann gibt es folgendes Bild:

Großbritannien und Irland.			
	1906	1911	Prozent
Rindvieh	11 587 349	11 925 990	+ 138 641
Schweine	3 641 129	4 287 273	+ 596 144
Schafe	29 236 969	30 402 428	+ 1 165 459
Großvieh	15 521 328	15 925 551	+ 404 223

Niederlande.			
	1904	1910	Prozent
Rinder	1 590 463	2 023 943	+ 336 480
Schweine	861 340	1 259 844	+ 398 004
Schafe	608 785	889 036	+ 280 251
Großvieh	1 966 601	2 430 808	+ 464 207

Dänemark.			
	1903	1909	Prozent
Rinder	1 840 466	2 253 982	+ 413 516
Schweine	1 456 639	1 467 822	+ 11 183
Schafe	876 830	726 879	- 149 951
Großvieh	2 292 299	2 693 625	+ 401 326

Aus Belgien liegen Zählungen der Schweine und Schafe aus neuerer Zeit nicht vor, aber der Rinderbestand stieg von 1 779 678 im Jahre 1906 auf 1 856 833 im Jahre 1909. Also alle Freihandelsländer mit steigendem Viehstapel und Deutschland zeigt eine Abnahme. Daß es so kommen werde, haben unsere Genossen 1902 bei Beratung des Wuchertarifes schon nachgewiesen.

Wenn es Leute gegeben hat, die deshalb für die Agrarpolitik eintraten, weil sie glaubten, dadurch die Viehproduktion steigern zu können, die müßten jetzt für die Befreiung der Zölle eintreten. Die Zölle sind nicht ein Anreiz zur Steigerung der Produktion, sondern umgekehrt ein Anreiz zur Steigerung des Walfasses. Je weiter die Produktion hinter dem Bedarf zurückbleibt, um so höher sind die Preise. Freilich drücken steigende Preise den Konsum herab. Die Lehre, daß man hohe Profite erlangt, wenn man den Konsum nicht deckt, ist von Agitatoren des Bundes der Landwirte stark propagiert. Das Ideal der Agrarier ist nicht, eine gesunde Ernährung des Volkes herbeizuführen, sondern hohe Profite den Grundbesitzern zuzuführen, und diese Politik wird von der Regierung gefördert.

Der neue Balkanrieg.

Bulgariens Lage wird von Tag zu Tag trostloser. Fast sieht es aus, als ob das eben noch im Kriegsrühm erstrahlende Ländchen der völligen Vernichtung ausgeliefert werden sollte. Jetzt kommt die Nachricht, daß die Rumänen ihnen noch den letzten Weg zum Auslande, die Bahn nach Warna und die Verbindung mit dem Schwarzen Meere abgeschnitten haben, so daß es nur eine Frage der Zeit ist, daß das ausgesogene Land völlig ausgehungert wird und vor allem die Armeen ohne Nahrungsmittel und Waffenersatz bleiben. Ob der Vormarsch der Türken wirklich eingestellt ist, bleibt ungewiß, der Feldzug gegen die Griechen verläuft weiter unglücklich, so daß sich am ganzen politischen Himmel Bulgariens ein heller Punkt zeigt, nicht einmal die Friedensverhandlungen scheinen von der Stelle zu kommen.

Bulgariens Gefahr wächst.

Sofia, 17. Juli. Die rumänische Kavallerie erschien gestern auf der Station Schumenerweg und brachte den Bahnverkehr auf der Strecke Sofia-Warna, der einzigen, für die Verproviantierung der bulgarischen Armee aus dem Ausland verfügbaren Linie, zum Stillstand. Auch der Bahnhof und das Telegraphenamt in Warna wurden vorgestern von den Rumänen besetzt, daher hat Bulgarien keine direkten Befehle mit dem Auslande ohne Bemerkung des Weges über Rumänien und Serbien. Die

in Warna lagernden Waren können nicht ins Landinnere gebracht werden.

Sofia, 17. Juli. Rumänische Infanterie besetzte Wallachit, Dobritsch und Turtukai. Die rumänische Kavallerie passierte gestern früh das Dorf Rahova, zwischen Turtukai und Ruschuk. Die Rumänen stießen nirgends auf Widerstand, vielmehr wurden sie von den Verwaltungsbeamten empfangen. Zahlreiche Bulgaren verließen die von den Rumänen besetzten Orte und flüchteten in das Innere des Landes.

Konstantinopel, 17. Juli. (Amstich.) Die türkischen Truppen machten nach der Befreiung der Distrikte Midia, Sarat, Karischian, Seidler, Muradli, Walgara, Kaschan und Enos Halt. Ueber die Vorgänge bei Robosio besagt eine amtliche Mitteilung: Als die Abteilung der türkischen Vorhut Robosio besetzte, gaben einige Armenter, welche bei der bulgarischen Gendarmerie dienten, mit anderen bulgarischen Gendarmen Schüsse ab. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei welchem einige Gendarmen getötet wurden. Unter der Zivilbevölkerung sind keine Verluste an Menschenleben zu beklagen.

Friedensbitten.

Konstantinopel, 17. Juli. Nach hier eingetroffenen Privatnachrichten sollen die Bulgaren Adrianopel geräumt und nur einige Patrouillen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgelassen haben.

Bukarest, 17. Juli. König Ferdinand wandte sich an König Carol mit der Bitte, ihm schnellst die Friedensbedingungen Rumäniens mitzuteilen.

Sofia, 17. Juli. Der König hat ein in freundlichem Ton gehaltenes Telegramm an den König von Rumänien gerichtet zu dem Zweck, dem Vormarsch der rumänischen Truppen in Bulgarien Einhalt zu tun und den Beginn der Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes zu ermöglichen.

Aufregende Gerüchte in Oesterreich.

Wien, 17. Juli. An der heutigen Wiener Börse zirkulierten allerhand politische Gerüchte, welche den Markt verflauten. U. a. hieß es, drei Korps mobilisiert werden sollen, daß österreichisch-ungarische Truppen den Sandschat Novi-Bazar besetzen werden. Ebenso sei die Befreiung der rumänischen Grenze geplant. Selbstverständlich sind diese Gerüchte nicht kontrollierbar.

Petersburg, 17. Juli. Der Petersburger Korrespondent des „Figaro“ meldet: Die österreichische Regierung habe in Petersburg erklären lassen, sie könne die Vertreibung Bulgariens nicht dulden. Eine Bestätigung dieser Meldung ist in Wien bisher nicht zu erlangen gewesen, und auch an Berliner unterrichteten Stellen ist darüber nichts bekannt.

Wieder geschlagen.

Athen, 17. Juli. Es bestätigt sich, daß der Kampf in der Nähe von Broniti mit dem vollständigen Rückzug des Feindes endete. Die Streitkräfte des Feindes vor dem äußersten rechten griechischen Flügel bestanden aus der 3. und 11. Division zusammen. Gestern nacht machte der Feind einen Vorstoß bei Broniti, wobei er Bomben benutzte, aber unter Verlusten zurückgeschlagen wurde. Heute griffen die Griechen die Höhen bei Broniti an, die sie nach lebhaftem Kampf besetzten. Der Feind wurde geschlagen und mit großen Verlusten auf Karakum zurückgeworfen. Die Verluste der Griechen sind unbedeutend. Auch vom griechischen Zentrum wird ein Zurückweichen des Feindes gemeldet.

Balkanfragen im englischen Unterhaus.

London, 17. Juli. Noel Buxton fragte an, wie es sich mit der Errichtung eines autonomen Staates von Mazedonien an den Grenzen Albanien verhalte. Sir Edward Grey antwortete: Soweit ich den Vorschlag beurteilen kann, würde er unter den gegenwärtigen Umständen weder Unterstützung erhalten, noch eine praktische Lösung von Schwierigkeiten sein. King fragt an, ob Grey möglichst bald nähere Mitteilungen über die ganze Angelegenheit machen könne, Grey antwortete, ich mache erst neulich nähere Mitteilungen und denke, es ist nicht sehr wünschenswert, daß gerade wir, die wir keine unmittelbar interessierten Mächte sind, nähere Mitteilungen über die ganze Angelegenheit machen sollen.

London, 17. Juli. Im Unterhause fragte Noel Buxton ferner an, ob die Verletzung der Grenze Enos-Midia durch die türkischen Truppen nicht gegen das am 14. Juli aufgestellte Prinzip verstoße. Acland verlas folgende Antwort Greys: Ich bleibe bei dem am 14. Juli Gesagten, was, wie ich glaube, mit den Anschauungen der übrigen Regierungen übereinstimmt. Diese Anschauungen sind der Priorität mitgeteilt worden. Zur Stunde ist die einzige Nachricht, die ich von den türkischen Truppenbewegungen habe, die von den Bulgaren gebrachte Meldung, wie sie in der Presse erschienen ist.

Eingreifen der Mächte?

Sofia, 17. Juli. Das diplomatische Korps hat sich gestern hier vereinigt, um über die Balkanangelegenheit zu beraten. Man kam zu der Ueberzeugung, daß in Anbetracht der gegenwärtigen erregten Volksstimmung es sowohl für die Fremden, die sich in Sofia befinden, als auch für die bulgarische Regierung gefährlich sei, wenn die rumänischen Truppen in Sofia einmarschieren würden. Das diplomatische Korps hat daraufhin König Carol gebeten, seine Truppen vor der Stadt anzuhalten.

Bukarest, 17. Juli. Die Gesandten der Tripliceente hielten gestern eine gemeinsame Konferenz ab, angeblich, um beim Ministerpräsidenten eine Demarche zu unternehmen, damit wegen der gegenwärtig in Fluß kommenden Waffenstillstandsverhandlungen der Vormarsch der rumänischen Truppen eingestellt werde.

Sofia, 17. Juli. Ganz Bulgarien ist seit drei Wochen vom Volkverkehr mit Westeuropa abgeschnitten. Von maßgebender Stelle wird versichert, daß Rußland nunmehr jede Vermittlung zur Rückgewinnung und die Kommissar der freigelegten Staaten angewiesen habe, sich in Mlad zu veranlassen, um dort über einen Waffenstillstand und über den Friedensschluß direkt zu verhandeln. Diese Meldung erregte in Sofiaer politischen Kreisen große Verwirrung.

Die Absichten Rumäniens.

Bukarest, 17. Juli. An kompetenter Stelle wird nochmals mit allem Nachdruck versichert, daß Rumänien zwar angedacht eines allzumächtigen Umwachsens Bulgariens gewesen wäre,

die eigentlichen Abwehrmaßregeln zu ergreifen, daß aber alle Rumänen zugeschnittenen Hirtergedanken jeder Grundlage entbehren. Rumänien habe absolut kein Interesse an einer Zugrundelegung und Vertreibung Bulgariens und ferner auch gleichzeitig nicht an einer übermäßigen Vergrößerung Serbiens und Griechenlands, da ja dadurch Rumänien mehr als je zur Vorsicht gemahnt werde. Die Absicht Rumäniens sei einzig und allein die, das Gleichgewicht auf dem Balkan herzustellen. Durch eine übermäßige Gebietsvergrößerung Serbiens und Griechenlands würde auch die Absicht Rumäniens, das Gleichgewicht herzustellen, durchkreuzt werden. Die Ziele der rumänischen Politik begegnen sich in dieser Richtung vollständig mit der Politik Oesterreich-Ungarns, dem ebenfalls an einer Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes auf dem Balkan sehr viel gelegen sein müsse. Gleichzeitig sei Rumänien von dem lebhaftesten Wunsch befeuert, sich baldigst mit Bulgarien verständigen zu können, damit die früher bestandenen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder herbeigeführt würden.

Bulgariens Staatswirtschaft.

Zar Ferdinand, der noch vor wenigen Monaten mit der Möglichkeit rechnete, daß er persönlich an der Spitze der siegreichen Truppen in Konstantinopel einziehen und damit das Ende der europäischen Türkei besiegeln könnte, steht heute dem völligen politischen und vielleicht auch finanziellen Zusammenbruch seines eigenen Landes gegenüber. Alles, was das bulgarische Volk in den letzten Jahrzehnten in mühsamer Arbeit an kulturellen und wirtschaftlichen Werten zusammengetragen und aufgebaut hat, steht auf dem Spiele. Die Geldmittel des Staates sind durch einen fast neun Monate andauernden Kriegszustand, der pro Tag einen Aufwand von mindestens einer Million Franks erforderte, völlig erschöpft. Mehr als 300 Millionen Franks hat die Mobilisierung und Unterhaltung der Armee in dieser Zeit gekostet, wobei die normalen Ausgaben für Heereszwecke gar nicht eingerechnet sind. Um die Rückwirkung des Krieges auf die Staatsfinanzen Bulgariens beurteilen zu können, muß man sich die relativ starke Verschuldung des Landes — die allerdings größtenteils die Folge umfangreicher Kulturarbeiten ist — und die Finanzkraft desselben vergegenwärtigen. Im Jahre 1911 entfielen 20,99 Prozent aller Ausgaben auf die Verzinsung und Amortisation der Staatsschulden. Das rapide Anwachsen der Staatsschulden ergibt sich aus nachstehender Uebersicht:

	1895	Staatsschulden
	1900	137,03
	1905	199,48
	1910	355,00
	1911	517,98
		610,20

Eine der wichtigsten Fragen, die nach der Auseinandersetzung mit den früheren Verbündeten und mit Rumänien gelöst werden müssen, ist die Ordnung der bulgarischen Finanzen und im Zusammenhange damit die Aufnahme neuer Anleihen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die schlesischen Streiks 1912.

Im vorigen Jahre wurden in der Provinz 358 Betriebe von Streiks betroffen und 101 Streiks beendet. In Mitleidenschaft wurden 58 000 Beschäftigte gezogen, darunter 12 500 unter 21 Jahre alte. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden war 17 800. Von den Streikenden waren nur 5000 zur sofortigen Arbeitsüberlegung berechnigt, 12 700 wurden vertragsbrüchig. Die Forderungen der Streikenden betrafen u. a. 73 Mal Erhöhungen des Arbeitslohns und 26 Mal Verkürzung der Arbeitszeit. Nur 13 Streiks hatten einen vollen Erfolg, 42 einen teilweisen und 46 gar keinen. 33 Fälle konnten durch direkte Verhandlung der Parteien erledigt werden, 51 auf Antrag der Arbeitnehmer, 23 auf Antrag der Arbeitgeber. Zu polizeilichen Maßnahmen wurde 45 Mal, zur Inanspruchnahme der Staatsanwaltschaft 26 Mal Verfaß gegeben. In 33 Fällen wirkten dritte Personen bzw. Berufsvereinigungen auf den Ausbruch des Streiks hin bzw. unterstützten den Streik, so in 64 Fällen mit Geldebeträgen. Daneben kamen in 133 Betrieben 17 Ausperrungen durch die Arbeitgeber zur Beendigung; sie betrafen rund 8000 Beschäftigte. Auch von den Ausperrungen hatten nur 5 einen vollen Erfolg, 12 einen teilweisen. Sie hatten 10 Mal die Aufrechterhaltung, 3 Mal die Herabsetzung des bisherigen Arbeitslohnes zum Ziel und 6 Mal die Aufrechterhaltung der bisherigen Arbeitszeit.

Spaltung der gelben Wertvereine.

Der Riß im gelben Wertvereinslager, der auf der Augsburger Bundestagung noch vergrößert wurde, wird eine Spaltung der gelben Bewegung im Gefolge haben. Wie der „Bund“ (Nr. 28), das Organ der im Gegensatz zu den kruppischen Gelben stehenden Berliner Gelben verkantet läßt, scheint der Austritt der Berliner gelben Vereine aus dem „Bund deutscher Wertvereine“ beschlossene Sache zu sein. In einer Polemik gegen ein „Fisch-Zwundersches Blatt“ schreibt das genannte gelbe Hauptorgan folgendes:

Die Trennung der Wertvereine der Berliner Richtung vom Bund deutscher Wertvereine über die die einzelnen angeschlossenen Vereine demnächst in ihren Generalversammlungen beschließen lassen werden, wird daher nicht... eine „gelbe Katastrophe“ oder eine Schwächung der ganzen gelben Bewegung bedeuten, sondern diese notwendige Trennung der freien Arbeiterwertvereine von der politisch gerichteten und von Wertbeamten beherrschten westdeutschen Richtung wird für die Wertvereinsbewegung eine erfreuliche Gesundung und damit eine wesentliche Stärkung nach innen und außen zur Folge haben.

Die Berliner gelben Vereine zählen etwa 40 000 Mitglieder. Ihr Austritt aus dem Bund würde 110 000 Mitglieder zählenden Bund deutscher Wertvereine büßeln und noch andere Vereine außerhalb Berlins mitziehen, so daß die gelbe Gesamtorganisation fast die Hälfte ihrer Mitglieder verlieren könnte. Inwiefern dies eine Gesundung und Stärkung nach innen und außen sein soll, ist ein Rätsel, bemerkt hierzu die „W.“

Verbrauchte Arbeiter.

In letzter Zeit sind verschiedene Untersuchungen über das Gesundheitsalter des deutschen Arbeiters veröffentlicht worden. Bürgerliche Gelehrten ist es wie eine neue fürchterliche Erkenntnis aufgefallen, daß die Industrie alte Arbeiter nicht gebrauchen kann. Das haben wir aber an der Hand von Tatsachen, wie sie sich täglich seit Jahrzehnten wiederholen, schon längst gefaßt. Wichtiger erscheint uns, daß ausgerechnet der Arbeitgeber, das Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, mit seinem Chefsekretär Längler an der Spitze, energisch gegen den Vorwurf ankämpft, daß der Industriearbeiter erst mit 40 Jahren nicht mehr tauglich sei. Der „Arbeitgeber“ mißt sich in die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik hinein, die ja ebenfalls feststellen müßten, daß es keine eigentlich alten Industriearbeiter mehr gibt. „Stahl und Eisen“ und der „Arbeitgeber“ haben die Sache gleich richtig beim Schopfe gefaßt, und ihren Mitarbeiter, einen sicheren Herrn Dr. Selter einfach beauftragt, die sogenannten Beweise einmal näher zu untersuchen. Es kam dabei das Folgende heraus. Es war zum Beispiel behauptet worden, daß vor 25 Jahren (1) ein Arbeiter, der bei der Lokomotivfabrik Genschel u. Sohn in Kassel um Arbeit angefragt habe, die schriftliche Antwort erhalten habe, Sie können bei uns anfangen, wenn Sie nicht über 35 Jahre alt sind. Der Regierungsrat Dr. Selter fragte nun bei der Firma Genschel u. Sohn in Kassel an, was sie zu dieser Behauptung zu sagen in der Lage sei. Genschel u. Sohn antwortete: „Wir haben eine Invaliden-, Altmittel- und Waisenkasse; es besteht ein gewisses Interesse, solche Arbeiter nicht einzustellen, bei denen die Möglichkeit vorhanden ist, daß sie schon nach verhältnismäßig kurzer Mitgliedschaft der Kasse zur Last fallen.“ Also, Genschel u. Sohn hat zwar eine „großartige“ Wohlfahrts-Einrichtung, „man tut etwas für seine Leute“, nur darf es nicht allzuviel kosten! Ja, wenn ein Arbeiter immer erst zwanzig Jahre in eine Kasse steuern muß, um vielleicht einige Groschen zu erhalten, dann ist es auch klüger, er spart sich das Geld und legt es sich selbst nutzlos an! Es kommt aber noch besser! Genschel u. Sohn schreiben weiter: „Es kann wohl allgemein angenommen werden, daß Arbeiter mit diesem Eigencharakter (fleißig, tüchtig und zuverlässig. D. Red.), wenn sie 26 Jahre alt sind, in festen Stellungen sind, und daß diejenigen, die nach Ablauf des sechsundsiebzigsten Lebensjahres ihre Stellung noch wechseln, in den meisten Fällen diesen Anforderungen nicht entsprechen.“

Wer das noch nicht verstanden hat, mag den folgenden Satz mit der gebührenden Aufmerksamkeit lesen: „Daß sich Arbeiter in späteren Lebensjahren an andere Arbeitsverhältnisse und Arbeitsweisen viel schwerer gewöhnen als jüngere Leute, und dadurch vielfach weniger leisten als diese, erwähnen wir nur nebenbei.“!

Mit sechsundsiebzig Jahren ist der Arbeiter also, wie wohl allgemein angenommen werden kann! — in den Anstaltsbüroaus der industriellen Werte schon nicht mehr gern gesehen! Mit sechsundsiebzig Jahren ist ein Arbeiter weder zuverlässig noch fleißig oder tüchtig, wenn er sich dann noch nach anderweitiger Arbeit umsehen muß! So denkt man heute über die Arbeitskraft des Proletariats! Wir möchten nur wissen, ob all die an der Rajocsek gestochenen Offiziere, die mit sechsundsiebzig Jahren als Weintreibende, Versicherungsagenten, Industrieanwandler und Aufsichtsräte anfangen, einen bürgerlichen Beruf zu ergreifen, auch solche minderwertiges Zeug sind, wie ein Arbeiter, den die Konjunktur alle nosentlang aufs Pflaster gemorfen hat, und der trotzdem immer wieder unermüdet nach Gelegenheit sucht, seine Familie anständig zu ernähren!

Der Zentralverband der Gärtner im Jahre 1912.

Die Organisation der Gärtner kann über ein günstiges Geschäftsjahr berichten. Die Mitgliederzahl steigerte sich um 837 von 6113 auf 6950. Erfreulich ist die gute Zionspruchnahme der höchsten Beitragsschicht durch die Mitglieder. Die Beitragsstellung besteht drei Jahre. In Klasse I wurden 2,6 Prozent, in Klasse II 14,1 Prozent, und in Klasse III (der höchsten) 83,3 Prozent der Marken umgesetzt. Im Berichtsjahre sind 4939 Mitglieder dem Verband neu beigetreten, ein Zeichen der ungeheuren Fühlungnahme.

Die Einnahme der Hauptkasse betrug 121.637 Mark, der Diszonten 46.059 Mark, zusammen 167.696 Mark, das sind 17.627 Mark mehr als im Jahre 1911. Die Ausgaben betrugen 123.937 Mark in der Hauptkasse, 44.807 Mark in den Diszonten, zusammen 168.745 Mark. Der Gesamtsaldenbestand betrug am Jahreseschluß 65.668 Mark. Die Ausgaben wurden besonders durch die Kosten für die Arbeitskämpfe belastet. Die Ausgabe für die Arbeitskämpfe im eigenen Beruf belief sich auf 19.079 Mark. Für Unterstützungen außerbetrieblich Streikunterstützung wurden 24.167 Mark verausgabt.

Der Verband besitzt eine neuorganisierte Wanderbibliothek. Hierdurch werden den Mitgliedern die neuen aber notwendigen Fachwerke zugänglich gemacht. Die Verhandlungswesen entwickelten sich günstig. Es melbten sich in den Nachweisen 4978 Arbeitsuchende, offene Stellen wurden 4545 gemeldet, davon besteht 3433. In den letzten vier Jahren wurden 11.592 Stellen besetzt. Eine wertvolle Ergänzung des Arbeitsnachweises ist die vom Verband herausgegebene Vakanzliste, die im letzten Jahr 2417 offene Stellen für Privat- und Öbergärtner melbete.

Die gefährlichen Arbeitskämpfe brachten wesentliche Erfolge. Geführt wurden 45 Bewegungen; hiervon konnten 28 Bewegungen mit 1817 Beteiligten ohne Streik erledigt werden, 19 Bewegungen mit 759 Beteiligten führten zu Streiks. Durch diese Bewegungen wurde erreicht für 446 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 1500 Stunden pro Woche, für 2203 Personen eine Lohnerhöhung von 4151 Mark pro Woche und für 563 Personen sonstige Vorteile. Allein die Lohnerhöhungen durch diese Kämpfe, für das ganze Jahr 216.372 Mark, überdies bei weitem die Einnahme aus Mitgliedsbeiträgen (140.039 Mark). Ein besonderes Gebiet der Arbeitskämpfe bildet der Kampf gegen den Kopf- und Logiszwang, der nicht nur bei Streiks und Lohnbewegungen zum Ausbruch kommt, sondern in nachhaltiger und erfolgreicher Weise durch Wort und Bild und in neuerer Zeit durch Lichtbilder mit einem eigenen Apparat geführt wird.

Das Jahr 1912 hat nach jeder Richtung hin wiederum den Beweis erbracht, daß die freigewerkschaftliche Organisation, der Allgemeine Deutsche Gärtner-Verein, die Interessen der Gärtnerarbeiterschaft wirksam und erfolgreich vertritt.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Streik der Werftarbeiter in Hamburg.

hat jetzt auf sämtliche Werften übergreifen. Es arbeiten lediglich noch kleinere Reparaturswerften, in denen aber auch jeden Augenblick Differenzen ausbrechen können. Die Schonzeit der Streikenden wird für Hamburg auf ungefähr 14.000 geschätzt; die höheren Schätzungen müssen als übertrieben angesehen werden. Auf der großen Werft von Blohm u. Noe haben selbst viele Arbeiter die Arbeit mit niedergelegt. Der Kopf der Werften hat die Firmen Johannsen ebenfalls entlassen. Der Hafen bildet jetzt für den Verkehr der Werften ein ungeheures Feld verstreuter Arbeit. Die Werften sind als gewöhnliche Fabriken betrachtet eine besondere Kategorie. Die Streikenden haben die Eisenbahnen in Maßmaßnahmen auf den Werften und in sonstigen Betriebsstellen darauf an, alle Maßnahmen auf den Werften zu vermeiden. Die Organisationsmaßnahmen betreffen auf ihrer Seite, die Arbeitervereinigungen sind durchwegs sehr stark organisiert und unterscheiden sich in

gewöhren. Der Ausstand sei darauf zurückzuführen, daß von dieser unbekannten Person auf den Werften das Gericht verhängt worden sei, die Organisationsleistungen hätten dem Streik beschleunigt. Allgemein herrscht die Auffassung, daß trotz der Erklärung der Zentralvorstände mit der Ausdehnung des Streiks so oder so eine Entscheidung herbeigeführt werden würde, die in den nächsten Tagen erwartet wird. Die Werften sind mit Aufträgen gut versehen, ein Abflauen der Schiffbaukonjunktur ist vorläufig nicht zu erwarten. Das bestätigt auch die bürgerliche Presse wie auch die Organisation eingeseht, daß die Arbeitsniederlegung für die Werften ein schwerer Schlag sei.

Ueber eine Antwort der Werften auf das Schreiben der Arbeiterverbände, die zu neuen Verhandlungen zum 17. Juli eingeladen hatten, konnten am Mittwoch bereits bürgerliche Blätter berichten. Den Verbandsvorständen ist bis Donnerstagabend eine solche Antwort noch nicht zugegangen.

Zum Streit bei der Firma Vösch in Stuttgart.

Nach sechswöchigem Streik und Aussperrung von 4000 Arbeitern eröffnete die Firma Vösch am 16. Juli ihre Werke. Ihre Rechnung aber, die Werke mit mindestens 3000 Arbeitswilligen in Betrieb setzen zu können, war eine verfehlte. Die Firma gibt selbst zu, 700, meist nur Gelegenheitsarbeiter, invalide und sonstige für den Betrieb nicht geeignete Kräfte als Arbeiter zu haben. Die ausständigen und ausgesperrten Arbeiter haben die Fortsetzung des Kampfes beschlossen. Der Kampf wird jetzt noch schärferere Formen annehmen. Die Streikenden und Aussperrten hatten musterhafte Disziplin und ist bis zur Stunde, da auch die Polizei Personenhetzt bewacht, keinerlei Aufruhr vorgekommen. Vor allen Dingen ist es notwendig, den Zug zu halten.

Im Ziegeleiarbeiterstreik in Kolberg ist ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen. Stadtrat Schönrock, der Besitzer der Ziegelei Hohenberg ist, hat den Kampf aufgegeben und die Forderungen der streikenden Arbeiter bewilligt. Es kam ein Tarifvertrag zum Abschluß. Munizipal sind noch die Arbeiter der Ziegelei von Neumann-Ullrich ausständig. Es steht zu erwarten, daß auch dieser Herr bald zur besseren Einsicht kommen wird. Vorläufig bleibt der Betrieb für Ziegeleiarbeiter noch gesperrt.

Aus Oberschlesien.

Frauenversammlungen.

Zaborze, am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Grünberger, Wenzelsstraße.

Zaborze, am Sonntag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Gartenstraße 27.

Referentin in beiden Versammlungen ist Parteisekretärin Frau Frieda Wulf aus Breslau. Wir ersuchen um rege Agitation für die Versammlungen.

Die Bezirksleitung.

Der Profit in Gefahr.

Die standalösen Zustände in der Großindustrie sind im Reichstag diech Gegenstand der Erörterung gewesen. In dieser Industrie, die kein Feiertag kennt, besteht noch die zivilisatorische Arbeitszeit in der bei den wöchentlichen Wechselstunden kommt es vor, daß Arbeiter einmal 18 Stunden und noch länger hintereinander arbeiten müssen. Dem Kaufbau, der mit der menschlichen Arbeitskraft hier getrieben wird, kann nur durch die Einführung der gesetzlichen Achttundensicht begegnet werden. Gegen diese Absicht laufen nun die Sachmalten der Großindustrie Sturm und in ganz raffiniertes Weise versuchen sie es, auch die Unterstützung anderer Industrien, die längst eine längere Arbeitszeit haben, zu gewinnen. In der Generalversammlung eines Verbandes der Industriellen in Kattowitz führte der Herrgott Dr. Willinger aus:

„Haben die Sozialdemokraten und ihre Helfershelfer erst ihr zünftig ins Auge gefaßte Ziel, die Einführung des gesetzlichen Achttundentages für die Großindustrie, erreicht, dann gibt es auch für die übrigen Industriezweige kein Warten mehr. Entweder werden sie ebenfalls einen solchen Gesetz unterwerfen, oder aber das Achttundengesetz für die Großindustrie wird ein so kräftiges Hilfsmittel für die gewerkschaftliche Agitation, daß die übrigen Industrien dem Druck der Arbeiterverbände nicht mehr Widerstand zu leisten vermögen. Wie gewaltig aber die Schwächung der gesamten deutschen Industrie und ihrer Arbeiterkraft wäre, wenn die Sozialdemokratie dieses von ihr heißbegehrte Ziel erreichte, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden. Höher sollen vor allem die Arbeitermassen genannt werden, die bei der Einführung des Achttundentages in der Großindustrie oder gar in der deutschen Industrie überhaupt mehr erforderlich sein würden, zumal durch die vorliegende Gesetzesvorlage etwa 40.000, durch das jetzt verabschiedete Wehrgesetz weitere 70.000 Mann zusätzlich dem Arbeitsmarkte mehr entzogen werden? Verbesserungen würde die Industrie dazu übergehen müssen, die beschäftigten Arbeiter aus den Kreisen des Handwerks, der Betriebsgewerbe und namentlich der Landwirtschaft zu entnehmen, so daß die Einführung des Achttundentages für die Großindustrie sich zu einer Katastrophe für das ganze deutsche Wirtschaftsleben auswachsen würde.“

Dieser Appell wird natürlich nicht ganz ohne Wirkung bleiben, gleichwohl muß aber der Achttundentag für die Arbeiter der Großindustrie erkämpft werden, denn gerade diese Industrie ruiniert den Arbeiter in gleichviel jähren Jahren. Darin liegt aber auch eine enorme Schwächung der deutschen Wehraft und dieser Aufwand kann von der Regierung nicht unbeachtet gelassen werden. Der mit einzonen Schwinnen arbeitenden Großindustrie, hinter der das brutalste Unternehmertum steht, ist es lediglich um die Erhaltung enormer Profite zu tun, mögen auch Schelentzen von Menschen darüber zu Grunde gerichtet werden.

Zentrumsrat.

Die ober-schlesische Zentrumsrat erfindet Tag für Tag Schwergeschütze über die Sozialdemokratie. Zu dem alten bekannten Kalauer werden neue hinzugefügt, vor allem aber hat sich das Thema: „Die oblen jetzt Kommunisten in der Wer sich nicht fügt, der fliegt“ den beschränkten Lesern immer wieder den neuem vorgelegt, obwohl jeder denkende Mensch weiß, daß alle diese Erzählungen unnotiger Unsin sind.

Wie es aber mit der Zentrumsrat bestellt ist, lehrt folgende Zahl, der leider erst jetzt bekannt wird. Es sind etwa zwei Jahre her, als die Kampagne des Berliner Oberbürgermeisters Dr. Brünning, der bereits 24 Jahre auf diesem Posten saß, abgeschlossen hat. Herr Dr. Brünning ist nun zwar ein alter Zentrumsrat, aber er ist auch ein sehr gerechter Mann, der völlig unparteiisch seinen Posten auszuführen sucht. Dabei muß er natürlich hier und da von der schwarzen Propaganda etwas weichen. Als es nun zur Kampagne kam, da er nun sich im Zentrumslager befinden sollte, Dr. Brünning darf nicht niedergelassen werden, und man hätte für diesen Posten einen anderen Oberbürgermeister vorgebracht. Dr. Brünning ist allerdings ein Mann, der auch heute noch der politische Mann aller Zentrumsrat in Schlesien ist.

Der so sehr ausgedachte Plan ging aber kaputt, denn 5 Zentrumsratsmitglieder, die mehr nach der politischen Seite neigten, wollten nicht mitmachen und sich bei der Wahl der Stimme enthalten. Das erfuhr bald die sogenannten Liberalen, die, da das Zentrum nur über 2 Stimmen Mehrheit verfügte, nur die Mehrheit bekommen hätten, wenn 5 Zentrumsrat sich der Stimme enthielten. Im liberalen Lager war man sich nun nicht einig, ob man den inzwischen verstorbenen Justizrat Freudenberg oder den Staatsanwalt Dr. Schönlager auf den Oberbürgermeisterposten setzen soll, und so entstand eine zwar geheime aber doch lebhafteste Debatte, die bald durchfielerte, und von der ein Beteiligter von der Zentrumsratseite erfuhr. Dieser Herr setzte sich sofort mit dem Zentrumsführer, dem bekannten Justizrat Dr. Stephan, Generaldirektor der Schiffschiffwerke in Verbindung, und sondersbarer Weise hatte dieser Herr an der Oberbürgermeisterwahl wenig oder nur geringes Interesse. Als er Herr Dr. Stephan erfuhr, was auf dem Spiele steht, da belebte sich sein Interesse. Man fuhr gemeinsam von Schloss Schönborg nach Beuthen, suchte die dortigen Epriester auf, deren Interesse sich bei der Sachlage auch zu steigern anfangte, und all den Herren erschienen die Kandidatur Dr. Brünnings Beziehungswelse dessen Weibertwahl hinkabel. Wenige Tage später, nachdem man sich überzeugt hatte, daß tatsächlich 5 Zentrumsrat nicht mitmachen wollten, und daß der Sieg also dem Liberalen sicher war, da entdeckte man im Zentrum, daß unser lieber guter Oberbürgermeister doch der Beste ist! und so wurde Dr. Brünning Kandidat des Zentrums. Die Liberalen, die nun wieder in die Minderheit getreten, wollten sich nicht als die Ungezogenen zeigen und nun traten auch sie für Dr. Brünning ein, der dann auch einstimmig auf weitere 12 Jahre gewählt wurde. Nach erfolgter Wahl wurden dann in der festlichsten Form nach allerhand Lobhudeleien runtergeredet, wobei es viele grinsende Gesichtler gegeben hat.

Dieser Vorgang zeigt zur Genüge, wie das Zentrum einen anerkannt tüchtigen Kommunalpolitiker, wie Dr. Brünning, wegfürste wollten, nur weil der Mann seinen Posten gerecht ausfüllte und nicht immer nach dem Recept der Dr. Stephan und Genossen tanzen konnte. Wir Sozialdemokraten halten öfter Ursache uns über den Polizeichef Dr. Brünning zu beklagen. Wer das ändert nichts an der Tatsache, daß auch wir die Verdienste Dr. Brünnings für die Stadt Beuthen anerkennen. Diesen Mann beteiligen und daß in einer solch hinterlistigen Art, um an seiner Stelle anzusetzen einen Dr. Henschel zu bringen, das kann nur die echt christliche Zentrumsmoral fertigbringen, die von Tag für Tag in der verlogenen Art die Sozialdemokratie begeißert.

Menschenfleisch ist billig in Oberschlesien.

Folgende durchaus nicht vollständige Unfallliste muß heute wieder veröffentlicht werden:

Auf der „Gräfin Laura-Grube“ wurde der Bauer Jakob Gorzki von herabfallenden Kohlenmassen schwer verletzt. Auf der „Königsgrube“ verunglückte die Bauer D. J. M. biniski und Jurzochnik. Ersterer zog sich beim Hellerabbau eine ernste Verwundung und Handverletzung zu, letzterer erlitt infolge herabfallender Kohle eine starke Brustverletzung. — Dem Hüttenarbeiter Paul Brundlo wurde beim Verladen von Eisen ein Arm gekrochen.

Auf der „Deutschland-Grube“ wurde der Arbeiter Stanislaus Gora von herabfallender Kohle schwer verletzt. Er erlitt einen doppelten Weirbruch. — Dem Maschinenführer S. Lottia auf „Magrube“ wurde der Kopf zerschmettert, als er unter Tage nachgehen wollte, ob leere Kohlenwagen angekommen sind. — Auf derselben Grube wurde ein russischer Grubenarbeiter von herabstürzenden Kohlenmassen tödlich verletzt. — Auf Hüttenwerkschaft wurde der Bauer Sahli schwer an Kopf und Weinen verletzt. — Auf einem Neubau in Kattowitz fiel einem Maurer ein Ziegel auf den Hinterkopf. Dem Bedauernswerten wurde die Schädeldecke eingeschlagen. Sein Zustand ist besorgniserregend.

Zu diesen Unfällen gesellen sich noch fortgesetzt Messerschereien, Mord und Totschlag, kein Wunder, in einem so frommen Lande mit unzulänglicher Arbeiterorganisation.

Laurahütte. Dreikinder ausgeführt. Vier wurden drei Kinder ausgeführt, ein Mädchen und zwei Knaben aus Laurahütte. Nach Angaben der Kinder hatte die Mutter sämtliche Möbel aus der Wohnung verkauft, die Kinder auf einer Wiege ausgelegt und sie dann verlassen. So irrten die armen Waisen umher, bis sie nach Laurahütte kamen, wo man ihnen einstweilen im Waisenhaute Unterkunft gewährte.

Wiesl, 18. Juli. Die Spirituskanne. Die Unfälle, Petroleum oder Spiritus ins Feuer zu gießen, hat wiederum ein schweres Unglück verursacht. Das 16 Jahre alte Dienstmädchen Pawlas des Galwirts Maday in Krier goß aus einer Kanne Spiritus in den Ofen, um das Feuer schneller zum Entzünden zu bringen. Die Flammen schlugen zurück, brachten die Kanne zum Explodieren und halb stand das Mädchen in hellen Flammen. Glücklicherweise konnten die Flammen bald erstickt werden. Das Mädchen hat jedoch am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten. Sie wurde nach Schönborg geschickt und hier im städtischen Krankenhaus untergebracht.

Wieslitz, 18. Juli. Zum Bau einer Badeanstalt. Der Plan zum Bau einer Badeanstalt soll in der nächsten Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Doch ist es zweifelhaft, ob damit auch seine Annahme erfolgt. Die Schwärzen, die in Oberschlesien nun einmal die Macht haben, halten nämlich das Baden zumeist noch für eine Sünde, weshalb sie sich nur schwer einmal von der Notwendigkeit überzeugen lassen, eine Badeanstalt zu bauen.

Oberschlesische Vereine und Versammlungen.

Zaborze. Gewerkschaftsstatell, Sonntag früh 9¹/₂ Uhr im Gewerkschaftslokal, Gartenstraße 27, Sitzung.

Bredian, 17. Juli. Feststellung von der Marktinsterungs-Kommission für Getreide.

Wegen gute Qualität der letzten Ernte	19,50	19,70	20,00
Wegen bescheidenen	18,50	18,80	19,00
Wegen bescheidenen	18,50	18,70	18,90
Wegen, der letzten Ernte	—	—	—
Mehl und Futtermittel der letzten Ernte	14,40	14,70	15,00
B. Horvaczyn, gute Qualität der letzten Ernte	25,50	24,00	—
Schweizer, bescheidenen	21,00	21,50	—
Futtermittel der letzten Ernte	17,00	17,50	—
Gen. alles	5,00	7,20	—
Gen. neues	5,80	6,00	—
Vergleich	4,50	5,00	—
Brotzoll	2,00	2,40	—

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion DoCentags nur D. 19—1 Uhr Mittwoch.

Schriftliche Anfragen sind nur annehmbar, wenn sie mit B. S. Die Schriftführerin ist von Randgrin nach Breslau transportiert, hier ausgeteilt und wieder aufgestellt worden.

S. S. 179. Ist über Kündigung nichts vereinbart und die Thete wird monatlich gezahlt, so können beide Parteien bis spätestens den 14. künftigen zum Ausgange am Ersten. Die Verhältnisse der Frau spielen dabei keine Rolle und werden von einem hartenherigen Wirt nicht berücksichtigt.

S. S. 56. Nach § 616 des B. G. B. können Sie den Lohn für diese Zeit fordern.

S. S. 40. Während der militärischen Übung sind Sie nur von der Zahlung der Staatssteuer befreit; die Gemeindesteuer muß gezahlt werden. Entschädigung erhält die Frau 80, jedes Kind oder Familienangehörige 10 Prozent des ursprünglichen Tagelohnes für erwachsene Personen des Berufskategorien. Für Breslau beträgt der ursprüngliche Tagelohn 3 M.

Frankfurter, 196. Müllbacher liegt in der Provinz Brandenburg, Kreis Potsdam-Schwiebus.